

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS



Nr. 60

FEBRUAR/MÄRZ 1989

DM 1,-

ALARM! Massenhinrichtungen von Linken

Blutiger Horror in Chomeinis Iran

6. JANUAR – Berichte aus dem Iran zeigen eine neue, ungeheure Welle von Hinrichtungen linker politischer Gefangener, die jetzt in Chomeinis Gefängnissen stattfindet. Nach Schätzungen sind bereits 1000 bis 5000 erhängt oder vor die Erschießungskommandos der islamischen Diktatur gestellt und in Massengräber geworfen worden. In einigen Provinzstädten sind Berichten zufolge sämtliche Gefängnisinsassen massakriert worden. Praktisch jeder inhaftierte Führer von Irans moskauorientierter Tudeh-Partei ist hingerichtet worden, und Unterstützer der Volksmudschaheddin, der Revolutionären Arbeiterorganisation Irans (Rahe Kargar), der Iranischen Volksfedajin (Mehrheit) und der Fedajin-Minderheit sollen zu Tausenden umgebracht worden sein. Es wird jetzt befürchtet, daß zum zehnten Jahrestag der Machtergreifung durch die Mullahs im Februar 1979 die totale physische Vernichtung der politischen Gefangenen geplant ist.

Seit dem Waffenstillstand im Iran-Irak-Krieg letzten August hat das Regime der Ajatollahs in Teheran die Gefängnisse in Schlachthäuser verwandelt für all diejenigen, die es als politische Gegner sieht. Inzwischen haben die herrschenden Generäle im Irak eine Kampagne der „verbrannten Erde“ gegen Irakisch-Kurdistan gestartet, bei der sie drei Viertel der kurdischen Dörfer zerstörten und Zehntausende von Kurden zur Flucht über die Grenze in die Türkei trieben, wo die Armee einen brutalen Krieg gegen kurdische Guerillas führt. Im Iran inthronisierte Chomeini seine islamische „Revolution“, indem er über 10 000 Kurden umbrachte, und im August entfesselte er ein Massaker an Tausenden von Soldaten der mit Irak verbündeten Mudschaheddin in Iranisch-Kurdistan. Wie wir im November schrieben:

„Die sogenannte ‚Feuerpause‘, ausgehandelt von den Vereinten Nationen, hat viel-

leicht nicht den grausamen und sinnlosen Krieg zwischen Irak und Iran beendet. Aber sie hat diesen beiden selbsternannten ‚revolutionären‘ Regimen die Atempause gegeben, die sie brauchen, um ihre Kräfte auf das zu konzentrieren, was sie am besten machen: ihre eigenen Völker niederzumetzeln.“ („Verteidigt das Kurdische Volk“, *Spartakist* Nr. 59, November/Dezember 1988)

Die internationale Arbeiterbewegung muß dringend ihre Stimme erheben in einem Schrei der Empörung gegen diese unaussprechlichen Verbrechen, die an Gegnern der Mullahdiktatur begangen werden! Das Blutbad im Iran ist Bestandteil von Teherans Bemühungen, die „Beziehungen wiederherzustellen“ zu den westlichen Imperialisten, die durchaus bereit sind zuzusehen, wie iranische Linke niedergemetzelt werden. Tausende von Militanten sind bereits umgebracht worden, und weitere Tausende sind für die Hinrichtung vorgesehen. Sie sind bereits ohne Verbindungen zur Außenwelt; alle Familienbesuche sind untersagt worden. Die Linke, die Arbeiterbewegung und alle Unterstützer von demokratischen Rechten müssen international mobilisieren, um die weltweite Aufmerksamkeit auf das Massenabschlachten zu richten, das jetzt vor sich geht. Und sie müssen einen sofortigen Stopp der Hinrichtungen fordern!

Erschießungskommandos mähen Linke nieder

Die Morde sind zwar Berichten zufolge schon seit August insgeheim im Gange, doch das Ausmaß und der schiere Horror des Massakers ist jetzt offensichtlich aus den wiederholten Berichten von jeder linken Gruppe im Iran.

Eine Nachrichtenmeldung von amnesty international vom 13. Dezember erklärte,



Reza/Sipa

Zum Tod verurteilt: Teheraner Regime setzt für Zehntausende die Hinrichtung an

daß ai „bis jetzt über 300 Namen von Gefangenen erhalten hat, die in den letzten Wochen und Monaten hingerichtet worden sind, und befürchtet, daß sich die wirkliche Gesamtzahl auf Tausende belaufen könnte. Viele Opfer waren Mitglieder oder Sympathisanten der PMOI“ (Mudschaheddin); „viele andere waren Mitglieder weltlicher linker Gruppen wie Rahe Kargar, Fraktionen der Organisation der Volksfedajin und der Tudeh-Partei... Eine große Anzahl der Hingerichteten war mehrere Jahre lang eingesperrt gewesen und war gefoltert worden, einige hatten Ähnliches schon während der Herrschaft des Schahs erlitten.“

Unter den Getöteten waren vier Mitglieder

des Politischen Büros der Tudeh-Partei, darunter der stellvertretende Parteivorsitzende Farajollah Mitani, der Herausgeber des Parteiorgans *Nameh Mardom*, Manoucher Behsadi, Hussein Jodat und Ismail Solghadr, ebenso sechs Zentralkomiteemitglieder und ungefähr 30 führende Mitglieder der Untergrundorganisation der Partei.

Aus Moskau berichtete *Literaturnaja Gasetta* (21. Dezember 1988) über das „Massaker im Iran“, in einem Interview mit dem Exiliraner Bishan Ekrami, der von „einem tatsächlichen Völkermord“ sprach, durch den „die besten Söhne Irans“ umgebracht werden. Ekrami hatte eine getippte Liste von 147 Namen

Fortgesetzt auf Seite 7



Workers Hammer

London, 14. Januar – Linke iranische Gruppen versammeln sich mit der Spartacist League/Britain zum Einheitsfrontprotest vor der iranischen Botschaft

Atlanta, USA: Massives Aufgebot von Streitkräften schützt 7 Nazis

3500 gehen auf die Straße gegen die Faschisten

ATLANTA, 21. Januar – Die Demonstranten gegen den Klan waren heute in der Überzahl gegenüber dem KKK, im Verhältnis 3500 zu zehn, als Tausende von Bullen und die Nationalgarde die Innenstadt von Atlanta in ein bewaffnetes Konzentrationslager verwandelten, um eine Handvoll Faschisten zu beschützen, die ihren rassistischen Terror ausspucken wollten. Der Central City Park füllte sich mit etwa 3000 Demonstranten – eine Mobilisierung, die vom Partisan Defense Committee initiiert worden war –, die gekommen waren, um sich den Hitlerverehrern und Klanmännern von Richard Barretts „Nationalist Movement“ entgegenzustellen und deren Versuch, in diese Schwarzen- und Arbeiterstadt einzumarschieren. Der All-Peoples Congress brachte weitere 500 Demonstranten gegen den Klan auf die Straße, in der Nähe vom Capitol des Staates Georgia.

„Diese auf der Arbeiterbewegung aufgebaute Demonstration war ein wirklicher Sieg“, sagte Barry James, der Sprecher für das Partisan Defense Committee in Atlanta. „Was sich im Central City Park ereignet hat, war eine machtvolle integrierte Demonstration von Arbeiterbewegung, Studenten, Mietern und Obdachlosen aus trotzigem Widerstand gegen den Klan.“

Die Behörden von Staat und Stadt, unter der allgemeinen Aufsicht des Georgia Bureau of Investigation, überschwemmten Atlanta mit 1700 Polizisten und Nationalgardisten, um eine Handvoll Faschisten in einer abriegelten Formation quer durch die Stadt zu führen. Man konnte die Klanmänner nicht einmal sehen, als die Phalanx von Polizisten und Gefängniswachen in Kampfausrüstung am Central City Park vorbeizog, aber Tausende von Stimmen brachen in Sprechchöre aus wie: „Nieder mit den Kapuzen, nieder mit den Tüchern – Fegt die Klanmänner von der Straße!“ und „Hitlerverehrer, es gibt kein Versteck, KKK darf nicht marschieren!“

Nachdem die Polizei der Stadt und des Staates dem PDC die Genehmigung verweigert hatte, beim State Capitol zu demonstrieren, und den Klan vor organisiertem Protest abriegelt hatte, provozierte und verhaftete sie über 40 Leute anderswo auf der Marschroute. Das PDC verlangt, daß alle Anklagen gegen die Anti-Klan-Demonstranten sofort fallengelassen werden.

Sprecher der Arbeiterbewegung bei der Demonstration der Stärke gegen den Klan waren u. a. Dorothy Woods, Protokollführerin von Amalgamated Transit Union Local 732 (Nahverkehr – ATU); Jerry Waters, Vorsitzender von AFSCME Local 1644 City Chapter und von Local 1644 Anti-Apartheid



3000 bei der vom PDC initiierten Mobilisierung: seit 50 Jahren erste massive, auf der Arbeiterbewegung basierende Aktion gegen Faschisten in Südstaaten

Committee; Virginia Ramsay, Vorsitzende von AFSCME Local 1644 Grady Hospital Chapter (Gesundheitswesen).

Es waren auch Sprecher da von der Georgia State University Black Student Association, der Clark College Student Government Association, der Georgia Rainbow Coalition, ein Beauftragter für Arbeit unter Obdachlosen von der Trinity-United-Methodistenkirche und Vertreter von Organisationen vom anderen Ende des Landes, die gekommen waren, darunter eine Jugendgruppe von Brooklyn, New York, und eine Organisation für Schulrechte aus Kalifornien.

Die Demonstration wuchs an, als sich organisierte Kontingente dem Protest gegen den Klan anschlossen, unter ihnen Hunderte von Studenten der Universitäten von Atlanta und Emory. Schwarze Bruderschaften, Vereinigungen von Studentinnen und Mitglieder des Footballteams vom Morehouse College boten ihre Dienste als Ordner an – gemeinsam mit Dutzenden Mitgliedern der ATU, AFSCME und anderer Gewerkschaften.

Die organisierte Unterstützung der größeren Gewerkschaften in Atlanta, die die soziale Macht der organisierten Arbeiterbewegung zeigte, war der Schlüssel dazu, sicherzustellen, daß dieser Sieg über den Klan eine militante, disziplinierte und demokratische Mobilisierung der Macht von Arbeitern/Schwarzen gegen rassistischen Terror war. Virginia Ramsay unterstrich die Macht der organisierten, integrierten Arbeiterbewegung, sich gegen Klanterror zu wehren, als sie der Menge sagte: „Wir werden nicht wegrennen und uns im Keller verstecken. Wir werden nicht über einem Waschtrog singen: ‚We Shall Overcome‘, nie mehr. Wir werden uns nicht mehr im Dickicht am Flußufer verstecken und unser Heim verlassen, weil wir davor Angst haben, daß der KKK kommt und sie es niederbrennen.“

Im gewerkschaftsfeindlichen und klaninfiltrierten „Neuen Süden“, setzt die heutige Demonstration der Macht von Arbeitern/Schwarzen in Atlanta einen Meilenstein im Kampf für Schwarzenbefreiung. Wie Brian Manning für die marxistische Spartacist League sagt: „Dieses System nährt sich von Rassenunterdrückung, Elend, Armut und Krieg. Laßt uns eine Partei aufbauen, die den Händen der Rassisten und Kriegstreiber die Staatsmacht entreißen und eine Regierung in unserem Interesse führen kann. Laßt uns für eine Arbeiterregierung kämpfen!“

Übersetzt nach der Presseerklärung des Partisan Defense Committee

PHILADELPHIA, 5. November – Mehr als 1000 Leute versammelten sich heute trotz starkem Regen auf Independence Mall und demonstrierten unter dem Banner: „Alle heraus, um den KKK in Philadelphia zu stoppen“. Sie waren von der ganzen Ostküste gekommen, viele von soweit her wie Chicago. Die rassistisch integrierte, auf der Arbeiterbewegung basierende Kundgebung besetzte den Platz, auf dem der Ku Klux Klan und seine Skinhead-Verbündeten eine rassistische „White pride“-Provokation geplant hatten.

Das Partisan Defense Committee, Initiator der erfolgreichen Mobilisierung zum 5. November gegen den Klan, erklärte auf der Kundgebung am Samstag: „Heute in Philadelphia sehen wir nicht ihre weißen Kapuzen, brennenden Kreuze, Nazi-Embleme und ihren rassistischen Terror; statt dessen haben Gewerkschafter, Schwarze, Bürgerrechtaktivisten, Linke, Schwule und Minderheiten heute gesiegt.“

Unter den mehr als 100 Gewerkschaftsfunktionären und Gewerkschaften, die die erfolgreiche Anti-Klan-Demonstration unterstützten, waren AFSCME (Beschäftigte des öffentlichen Dienstes) D.C. 33 sowie Local 1034 der Angestellten im Einzelhandel in Philadelphia; Ortsverbände der ILA (Hafenarbeitergewerkschaft) in Jacksonville, Florida und Norfolk, Virginia; Teamsters (Lastwagenfahrer) in Kalifornien und Stahlarbeiter aus der Gegend um Chicago. Elektrizitäts-

arbeiter in Puerto Rico und Postarbeiter und Bergleute in Ontario, Kanada gaben ebenfalls ihre Unterstützung.

Die Sportler Gale Sayers und der Stürmer der Philadelphia Sixers, Charles Barkley, unterstützten ebenfalls die Mobilisierung, um den Klan zu stoppen. Unter den internationalen Unterstützern waren die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) Westberlin, die Bundestagsfraktion der Grünen und der Sekretär des italienischen Gewerkschaftsverbandes CGIL. Von einem Parlamentsabgeordneten der französischen karibischen Kolonie Guadeloupe wurde ein Solidaritätstelegramm verlesen.

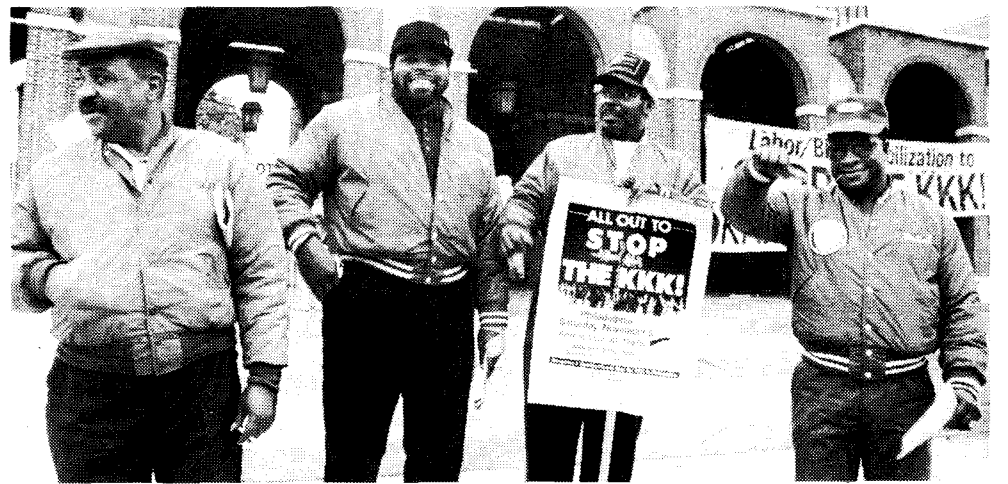
Charles Valenta, Präsident von Local 1034 der Angestellten im Einzelhandel, sagte in seiner Rede auf der Kundgebung, daß amerikanische Gewerkschafter schon vor langer Zeit lernten, wie die Unternehmer Spaltungen benutzen, um die Arbeiter gegeneinanderzustellen: „Sie benutzen Unterschiede in der Nationalität, Unterschiede in der Religion und Unterschiede in der Rasse. Der KKK und die Skinheads, die Gruppen, die sich als Herrenmenschen sehen, ihr Erfolg hängt davon ab, ob wir gespalten sind. Wir kamen heute in Einheit hierher, wir kamen in Solidarität.“

Nelson Johnson, ein Überlebender des Massakers von 1979, bei dem KKK und Nazis mit Gewehren fünf linke Gewerkschafts- und Bürgerrechtsorganisatoren in Greensboro, North Carolina ermordeten, sagte der Menge: „Die Erinnerung an Sandy Smith, Jim Waller, Cesar Cauce, Bill Sampson und Michael Nathan ist mir noch frisch im Gedächtnis, und ich stehe hier heute, um euch zu grüßen und in Solidarität mit euch zu sein.“

Beverly Africa sprach auf der Kundgebung im Namen der MOVE-Familie, auf deren Haus in der Osage Avenue die Polizei von Philadelphia im Mai 1985 Bomben warf und dabei elf schwarze Menschen, darunter fünf Kinder, tötete. Auch von Mumia Abu-Jamal, der im Huntingdon-Gefängnis in Philadelphia in der Todeszelle sitzt, wurde eine Grußbotschaft verlesen: „Der Klan wird geschützt, weil sie ein Werkzeug dieses Systems sind. Auf MOVE wirft das System Bomben, weil sie gegen das System sind.“

Eine Reihe von rassistischen und antisemitischen Provokationen in der letzten Woche verließ der Demonstration noch mehr Dringlichkeit. Eine Synagoge in Philadelphia wurde am 30. Oktober mit Hakenkreuzen beschmiert. In der gleichen Nacht überfielen Skinheads aus Philadelphia eine Familie in

Fortgesetzt auf Seite 8



Workers Vanguard

Philadelphia: Macht der Arbeiter/Schwarzen stoppt KKK

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
internationale Spartacist Tendenz

REDAKTION: Werner Brasch, Marianne Clemens (herausgebende Redakteurin), Barbara Köhler, Renate Müller, Mark Richard, Carola Rosen (Produktion), Max Schütz (Vorsitzender), Fred Zierenberg

VERTRIEB: Stephan Fröhlich

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:
C. Rosen, 2000 Hamburg 74

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
Abonnement (12 Ausgaben): DM 10,-
Ausland Seepost DM 15,- Luftpost DM 30,-

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt
in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich
organisierten Betrieb.
ISSN 0173 - 7430

Braun, Schwarz, Grün, Lila, „Rot“

Die Politik des Lumpenproletariats

In unserer letzten Ausgabe schrieben wir: „In Westdeutschland gibt es heute ein großes lumpenproletarisches Milieu der ‚No-Future‘-Generation – von den Hausbesetzern und anarchistischen Autonomen bis zu den verschiedenen Skinhead-Banden –, in dem die Grenzen zwischen links und rechts total verwischt sind“ („Skinheads: Entfesselte Killer-Bestien“, *Spartakist* Nr. 59, November/Dezember 1988).

Dieser Artikel wurde von denjenigen begrüßt, die keine Schwierigkeiten haben, Skinheads als die faschistischen Mörder zu erkennen, die sie sind – nämlich von Arbeitern, besonders eingewanderten Arbeitern, und von ausländischen Studenten. Von anderen (wie der fälschlich so genannten „antifaschistischen“ Konferenz in Nürnberg, siehe den Artikel auf dieser Seite) wurde er heftig angegriffen, weil er die Wahrheit brachte über die soziale Basis der Autonomen und ihre Werte. Autonome und Skinheads sind nicht das gleiche, aber sie befinden sich in dem gleichen weitläufigen Lumpenmilieu, das politisch äußerst labil ist; dort rutschen Gruppierungen und Individuen leicht von der extremen Linken zur extremen Rechten.

In der Linken ist eine starke Desorientierung in bezug auf dieses Milieu weit verbreitet. International sind kahlrasierte Schädel und Kampfstiefel zu, den Symbolen einer neuen Generation von Mächtigen-Nazi-Sturmtruppen geworden. Und trotzdem wollen mehrere linke Gruppen Teile der Skinheads an die Brust drücken.

Wiederholt haben wir das Argument gehört, daß die Autonomen entweder Teufel oder Engel sein müssen, entweder eine keimende SA oder eine neue linke „Avantgarde“, reinste antifaschistische Kämpfer. Die Wirklichkeit ist weit widersprüchlicher. Sie sind das degenerierte Endprodukt der ehemaligen „Neuen Linken“, die ein Dutzend maoistischer Parteien bildete, die wiederum anstatt auf das Land zu den Grünen gegangen sind. Sie können einig tausend auf die Straße bringen gegen Faschisten, Polizeiterror oder Ronald Reagan. Innerhalb dieser lockeren, heterogenen Bewegung wird man Haß auf die bürgerliche Ordnung finden wie auch eine starke Neigung zur Gewalt und zum wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus. Daher gibt es fließende Übergänge



Der Spiegel

Links: FAP-Skinheads überfallen VVN-Mitglieder (1984). Rechts: „linke“ Skins in Westberlin (1989)



Spartakist

von den Autonomen zu den Skinheads, sowohl den offen faschistischen wie auch den „Redskins“.

Was sind die „Redskins“?

Sie sind stolz, die charakteristische Skinhead-Uniform des degeneriertesten faschistischen Drecks zu tragen. Ihr Programm ist ein Kult der Gewalt: lumpenproletarische Wut, die sich gegen jeden richten kann. Einige geben sich noch einen dünnen Anstrich des Stalin-Kults, vielleicht eher deshalb, weil er Millionen umbringen ließ, als daß er den „Sozialismus in einem Land“ erfand.

Hinter einer dieser selbsternannten „linken“ Skinhead-Gangs in Westberlin steht die „KPD“, ein Überbleibsel der alten KPD/ML. Sie waren wütend antisowjetische Maoisten, berüchtigt für ihre Gewaltanwendung. 1975 führten sie an der Westberliner Technischen Universität einen Massenüberfall mit Baueisenstangen auf die GIM an, die frühere westdeutsche Sektion von Ernest Mandels Vereinigtem Sekretariat. (Ironischerweise sollte sich die GIM später mit einem Teil der Angreifer zur Vereinigten Sozialistischen

Partei zusammenschließen.)

Vor einer Weile erschien ein Artikel im *New Yorker* (28. November 1988), der die gegenseitige Durchdringung von Autonomen und Redskins im Westberliner Kreuzberg beschreibt. Brigitte Bitomsky erzählt, wie eine als Redskins identifizierte Gruppe das Restaurant Maxwell zertrümmerte, das von ihr und ihrem Mann Hartmut (dem bekannten linken Filmemacher und Kritiker) betrieben wurde. Der Vorfall sorgte monatelang für Schlagzeilen in Westberlin und Westdeutschland. Seit Monaten hatte die autonome „Szene“ das Restaurant als „Schicki-Micki“ verdammt, da es einen bestimmten Standard von Ernährung und Hygiene aufrechterhielt. Nach zahlreichen Drohungen brachen spät abends 20 Leute ein, „bekleidet wie die britischen Skinheads, mit Jeans, Bomberjacken und Kampfstiefeln“, und zerschlugen Tische, Stühle, Lampen und Gläser. Als die Angreifer später zu einem „Volksgericht“ über die Bitomskys zurückkehrten, verlangten sie Schutzgelder. Später kippten sie kübelweise Scheiße in das Restaurant, um die Bitomskys aus Kreuzberg zu vertreiben. Hier wird das Kontinuum zwischen Gewalt und Kleinkri-

minalität, Autonomen und Redskins offensichtlich. Die Methoden erinnern an Anschläge der Mafia und sind die normale Vorgehensweise in der kriminellen Unterwelt. Über den Fall Maxwell hatte sich die „Szene“ endlos in die Wolle gekriegt. Aber manche der Autonomen bestehen bis zur Gewaltanwendung darauf, daß die „Redskins“ ihre Waffenbrüder sind. Auf zwei Demonstrationen in der letzten Zeit haben diese „Redskins“ unsere Genossen in Westberlin physisch angegriffen und auf den *Spartakist* geantwortet in der einzigen Sprache, die sie verstehen: Gewalt. Außerdem bekamen wir im November „Propaganda- und Agitationsverbot“, einen Drohbrief mit einem Porträt von Stalin, aber getippt unter einen Westberliner Behördenbriefkopf. Einwanderer finden oft solche Hetzbriefe in ihren Briefkästen.

Nationalistische Knochenfäule

Die Hauptaktivität dieser Westberliner „exmaoistischen“ „Redskins“ ist es, mit anti-sowjetischer Propaganda hausieren zu gehen. Fortgesetzt auf Seite 4

Konföderierten-Fahne in Nürnberg

Am 5. November gingen 1000 schwarze, weiße und hispanische Gewerkschafter, Sozialisten, Studenten, Obdachlose und Schwulenrechtsaktivisten auf die Straße, um sicherzustellen, daß der Ku Klux Klan und seine Skinheadbanden nicht durch Philadelphia zogen (siehe Seite 2). An diesem Tag gab es keine brennenden Kreuze, keine Brandanschläge und kein Schwenken der Konföderierten-Fahne, des Banners von rassistischem Terror und der Sklaverei. Aber auf einer sogenannten „antifaschistischen“ Konferenz in Nürnberg stimmte an genau diesem Tag ein Drittel der Teilnehmer mit den Füßen dagegen, die Konföderierten-Fahne aus dem Raum zu entfernen!

Die Konferenz war von der Coburger „Antifaschistischen Organisation“ eines Heribert Sommer einberufen worden. Da er die Anti-Klan-Mobilisierung in Philadelphia unterstützt hatte, dachten wir, daß sich seine Konferenz für diesen Erfolg interessieren würde. Weit gefehlt.

Ein TLD-Genosse hatte, obwohl er immer wieder vom „autonomen“ Diskussionsleiter unterbrochen wurde, einen Bericht über die Anti-KKK-Mobilisierung in Philadelphia gegeben – da kommt ein Individuum herein, das an seiner Jacke die Konföderierten-Fahne sowie das Eiserne Kreuz dran hat. Die TLD stellte den folgenden Antrag: „Die konföderierte Fahne ist das

Symbol der amerikanischen Faschisten: des Ku Klux Klan. Diese Konferenz erklärt, daß diese Fahne zu tragen keine ‚persönliche Frage‘ ist, und sie ist unvereinbar mit dem antifaschistischen Kampf.“ In der Antragsbegründung wies der TLD-Sprecher darauf hin, daß Hunderttausende im amerikanischen Bürgerkrieg gefallen waren – im Kampf gegen diese Fahne und das System der Sklaverei, das sie symbolisierte. Heute ist sie das Symbol des KKK.

Für die anwesenden „Autonomen“ war es aber nur eine „Geschmacksfrage“. Statt sich dem „autoritären“ Akt der Abstimmung zu unterwerfen, stürmten sie, zusammen mit ihrem Skinhead-Kumpen und dem Konföderierten-Fahnen-Träger, aus dem Saal. Nach und nach sickerten sie wieder rein, und die anstößige Jacke wurde nach einer Stunde Hin und Her entfernt. Aber die Konferenz hatte ihre einzige Leistung vollbracht. Auf obszöne Weise bestätigte sie, was wir über das lumpenproletarisierte „Autonomen“-Milieu geschrieben haben, in dem „die Grenzen zwischen links und rechts total verwischt sind“ – siehe „Skinheads: Entfesselte Killer-Bestien“, *Spartakist* Nr. 59, November/Dezember 1988.

Kurz danach erhielten wir per Post das Protokoll der Konferenz, inklusive „Einschätzung“ von Sommer. Während er den TLD-Antrag (für den er gestimmt hat) als

„unproblematisch“ bezeichnet, verurteilt er uns zwei Absätze später als „unwirksam, unvermittelt, emotional“. Bei seinem Versuch, sich bei den Autonomen anzubiedern, möchte er das Lumpenproletariat neu definieren. Die ganze Frage der Konföderierten-Fahne versucht er auf die „persönliche Betroffenheit“ eines amerikanischen Genossen zu reduzieren – seine eigene Variante von Yankee-Hetze. Wenn jemand bei der Anti-Klan-Mobilisierung in Philadelphia mit einem Hakenkreuz aufgetaucht wäre, dann hätte sich die Reaktion nicht auf deutsche Genossen beschränkt, und auch nicht auf „Betroffenheit“. Die amerikanischen Faschisten haben das Hakenkreuz importiert und tragen es gleichwertig mit der Fahne der Sklaverei, weil beides rassistischen Mord bedeutet. Und westdeutsche Rassisten, einschließlich Westberliner Bullen und Republikaner, haben die Konföderierten-Fahne importiert, als Ersatz für das Hakenkreuz, das gegenwärtig in der „BRD“ verboten ist.

In der Zwischenzeit erreichte uns ein Brief von H. Sommer, der erkennen läßt, daß das, was Marx vor 140 Jahren über das Lumpenproletariat schrieb, noch heute zutrifft – sogar auf die „Autonomen“, sogar in Coburg. Laut Sommer verpöficht jemand aus der Coburger „autonomen Antifa“-Szene ein Mitglied von Heriberts „Organisation“ bei der Polizei. Ein Makler prinzipienloser Kombi-



Workers Vanguard

San Francisco, April 1984: Ritchie Bradley holt die Fahne der Sklaverei herunter. Er trägt die Uniform der Union im Bürgerkrieg

nationen ist nicht zu beneiden – sogar wenn diese Kombinationen direkt vor ihm in die Luft fliegen, darf er noch nicht mal die Kaution behalten.

Lumpen...

Fortsetzung von Seite 3

hen, wo sie die moskaufreundlichen Stalinisten beschuldigen, den „Zahlmeistern“ und „Bossen in Moskau und Ostberlin“ zu dienen. Gleichzeitig sieht man in Westberlin Aufkleber in Telefonzellen und auf Busfahrplänen mit Parolen wie „Ausländer raus“ und „Gegen US- und Sowjetimperialismus“. Aber diese tragen die Unterschrift „NSDAP“ mit Hakenkreuz. Zufall?

Wesentlich für die europäischen Skinheads, sowohl für die offen faschistischen wie für die „Redskins“, ist die Losung „Weder Washington noch Moskau“. Ist es wirklich ein Zufall, daß die „Redskins“ den gleichen Slogan benutzen wie Kühnens FAP, nämlich für ein „unabhängiges, vereinigtes sozialistisches Deutschland“? Auf der Gedenkundgebung für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar in Westberlin verteilten sie ein Flugblatt mit den Worten: „Zweimal in diesem Jahrhundert wurde ein großer Teil nicht nur der deutschen Jugend im imperialistischen“ (Krieg) „vernichtet.“ Daß diese deutsche Jugend in einem Krieg fiel, in dem es um die Ausrottung der Slawen, der Juden, Sinti, Roma und anderer Minderheiten ging, ist diesen „Anti“faschisten kein einziges Wort wert. Selbstverständlich gibt es nicht nur bei den „Redskins“ Sympathie für die gefallenen Wehrmachtssoldaten und Schweigen über deren Opfer.

Vor mehr als zehn Jahren kommentierten wir, daß der antisowjetische Sozialchauvinismus der westdeutschen Maoisten zum größten Teil „made in Germany“ war: „Als Ernst Aust, Chef der westdeutschen KPD/ML... den Bundesverteidigungsminister verklagte, weil er die Ostgrenze nicht ausreichend gegen sowjetische Angriffe schützen würde, hat Aust nicht die Zähne zusammengebissen und Maos Befehle widerwillig ausgeführt. Mao gab keine solchen Befehle“ (*China's Alliance With U.S. Imperialism* - Chinas Allianz mit dem US-Imperialismus, Broschüre der Spartacus Youth League, Januar 1976). Heute kann der wiederaufsteigende deutsche Nationalismus als Brücke zwischen Anarchismus oder grünem Pazifismus und Faschismus dienen, und das geschieht auch,

Eine Stunde lang sind am 15. Januar über 500 Demonstranten - Türken und Deutsche - schweigend durch die bayerische Stadt Schwandorf marschiert. Sie protestierten gegen den Terroranschlag vom 17. Dezember, bei dem drei Angehörige einer türkischen Familie - Osman und Fatma Can, ihr Sohn Mehmet - und ein Deutscher, Jürgen Hübener, bei lebendigem Leibe verbrannten. Der Täter: ein junger rassistischer Psychopath, kein „Einzelgänger“, vielmehr Mitglied der faschistischen „Nationalistischen Front“, in der hauptsächlich Skinheads organisiert sind. Rache für die Opfer rassistischen Terrors! Für Massenmobilisierungen von Arbeitern/Immigranten, um die Faschisten zu zerschlagen!



ganze „Linke“. Nicht nur haben sich Gruppen offener Faschisten in den Grünen eingeknielt, diese Partei hat ihren eigenen „Blut- und Boden“-Flügel hervorgebracht. Vor wenigen Jahren war die taz damit beschäftigt, den Advokaten von „guten“ SS-Mördern wie Kurt Becher zu spielen. In letzter Zeit ist wieder antisemitischer Dreck in der taz hochgekommen, und ein Teil der Mitarbeiter zog als ihren Advokaten Helmut Kohl zu Rate. Sie beriefen sich auf seine Amnestie der westdeutschen Bourgeoisie für die Verbrechen des Dritten Reichs: die „Gnade der späten Geburt“. Ihre Verteidigung? „Wir alle lachen doch auch mal heimlich über Judenwitze“, und: „Ich beschäftige mich nämlich nicht mit deutscher Geschichte.“

Ein besonders ekelhaftes Beispiel für den direkten Zusammenhang zwischen deutschem Nationalismus, Antisowjetismus und einer Orientierung auf die Skinheads stellt die staatskapitalistische SAG dar, ein Ableger von Tony Cliffs Gruppierung in Britannien. Kurz nach dem Mord an dem jungen türkischen Arbeiter Ramazan Avci durch Hamburger Skinheads im Dezember 1985 brachte die SAG ein Skinhead-„Fanzine“ heraus, *Rote Front*. Die erste Ausgabe verkündete: „Skins of all countries, unite!“ (Skinheads aller Länder, vereinigt euch) und forderte „alle oi!-, red-, anarcho-, oder sonstwasskins“ auf, eine „antifaschistische“ Front zu bilden. Während sie in grotesker Weise behaupteten, die Mörder von Ramazan Avci seien keine „richtigen“ Skins, jammert die SAG, daß „weite Teile unserer Bewegung unter dem einfluss einiger faschistischer Bastarde“ sind. Die SAG hat eine sehr gute politische Grundlage, um sich in diese Senkgrube zu stürzen: Die Songs, in denen die polnische Solidarność und die Mullahs in Afghanistan bejubelt werden und die von der britischen faschistischen Skinhead-Band Skrewdriver stammen, hätten fast von diesen Rußland-Hassern geschrieben werden können.

Durch die „Friedens“bewegung Anfang der 80er Jahre breitete sich die sozialchauvinistische Linie, Westdeutschland sei ein Opfer der „Supermächte“, weit über die Grenzen der morbiden maoistischen Gruppen aus. Die listige Bemerkung des Nazi-Führers Kühnens zur Friedensbewegung wurde in der bürgerlichen Presse zitiert, „daß eben auch bei Linken dieser Patriotismus sich entwickelt, daß sich auch bei Linken das Gefühl dafür schärft, daß wir eben ein tatsächlich besetztes Land sind...“ (zitiert nach *Arbeiterkampf*, 17. Mai 1982). Kühnens spielte außerdem mit maoistischer klingender Rhetorik, rief zu einer „Kulturrevolution gegen den Amerikanismus“ auf und behauptet, in seiner Jugend ein maoistischer Sympathisant gewesen zu sein.

Natürlich trug Kühnens seine „national-revolutionäre Linie“ ins Lumpenmilieu. Das irrsinnige Chaos, das in Hamburg in diesem Milieu herrschte, kann man an einem Vorfall mit einer seiner Schöpfungen, der Nazi-Jugendgruppe „Savage Army“, sehen: „Anfang März“ (1982) „mobilisierten Autonome zu einer ‚Strafaktion‘ in die neu-

eröffnete Szene-Kneipe ‚Schlaflose Nächte‘, wo sich in einem bunten Publikums-Gemisch aus rechten, linken und sonstigen Punks, Anarchos, HSV-Fans usw. auch Mitglieder der ‚savage army‘ und andere Jungnazis breitgemacht hatten. Sie wurden von den ‚Autonomen‘ aus der Kneipe geprügelt - wobei von den Prügeln unterschiedslos auch andere Anwesende betroffen wurden. Diese Aktion hat böses Blut in der Szene gemacht und hat (nach übereinstimmenden Aussagen) die Solidarität mit den Leuten der ‚Savage army‘ und ihren Nazi-Freunden gestärkt.“ (*Arbeiterkampf*, 19. April 1982)

„No Future“ kontra sozialistische Zukunft

Lenin bezeichnete einmal die russischen Sozialrevolutionäre als „Liberale mit Bomben“. Autonome, vorgeblich der extrem linken Flügel des Lumpenmilieus, könnte man als Grüne mit Pflasterstein in der Hand bezeichnen. Der Hauptunterschied: ihre „Utopie“ sind verdreckte städtische Jugendgettos und nicht der Deutsche Wald. In diesen Gettos soll es nicht nur an der „Schickeria“ fehlen, sondern an jeglicher menschlicher Kultur. Der Artikel im *New Yorker* beschrieb, wie die Autonomen einen Kindergarten in Kreuzberg niedergebrannt haben, und erinnerte daran, daß 1500 türkische Kinder auf der Warteliste standen, als er dem Erdboden gleichgemacht wurde.

Der Lebensstil der Autonomen hängt zu einem großen Teil von Almosen des bürgerlichen Staates ab. Die Jugendarbeitslosenquote in Kreuzberg wird verschiedentlich zwischen 25 und mehr als 50 Prozent angegeben. Jeder Zehnte ist Sozialhilfeempfänger. Im Kern von Kreuzberg, in SO 36, leben mehr als die Hälfte unter dem „amtlich definierten Existenzminimum“. Dies ist tatsächlich das klassische Lumpenproletariat, das „Landstreicher-Proletariat“, eine „Schicht, die das Arbeiten bereits verlernt hat“, wie es Bucharin und Preobraschenski im *ABC des Kommunismus* formulierten. Und das wird von den Autonomen selbst zugegeben! Wie es ein autonomes „Kritikpapier“ formulierte, zitiert im *Arbeiterkampf* (4. Mai 1987): „Unsere soziale Verwurzelung entspricht dem Wurzelbett eines Plastikbaumes... Ein weiterer zentraler Punkt unseres Alltags scheint sich außerhalb autonomer Politik zu bewegen: die (Lohn-)Arbeit.“

Losgelöst vom Arbeitsprozeß und der organisierten Arbeiterbewegung ist ihre Politik die der lumpenproletarischen Verzweiflung. Ihr Nihilismus stellt die Basis dar für die im Autonomienmilieu weitverbreitete Solidarität mit Skinheads als einfach anderen „revoltierenden Jugendlichen“. Auch die faschistische Ideologie wendet sich an den Nihilismus. Preobraschenski definierte den Anarchismus als „lumpenproletarischen Sozialismus“. Und im *Kommunistischen Manifest* faßten Marx und Engels die Position dieser gesellschaftlichen Formation knapp zusammen:

„Das Lumpenproletariat, diese passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft, wird durch eine proletarische Revolution stellenweise in die Bewegung hineingeschleudert, seiner ganzen Lebenslage nach wird es bereitwilliger sein, sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen.“

„Linke“ und „rechte“ Gangs sind oft nur an der Farbe ihrer Schnürsenkel zu unterscheiden, wie auf Demonstrationen in Westberlin. Jahrelange Straßenkämpfe zwischen den verschiedenen Bestandteilen des lumpenproletarischen Milieus haben es in keiner Weise gegen die Faschisten immunisiert, zeigen aber seine Vorliebe für den Bandenkrieg. Immer und immer wieder findet man „Punks“, die zu den „Skins“ überlaufen. Auf den Straßen der Weimarer Republik gab es auch endlos solche Scharmützel. Sie entschieden nichts, sie ermutigten nur die Faschisten, eben weil die Macht der organisierten Arbeiterklasse nicht mobilisiert wurde, um die Nazis zu zerschlagen, als dafür noch Zeit blieb.

Während der sogenannten Dritten Periode gab die Kommunistische Partei Deutschlands, unter der unrühmlichen Führung von Josef Stalin und Ernst Thälmann, eine Zeitung mit dem Namen *Aufbruch* heraus, die sich an Hitlers SA richtete. Sie wurde von einem Leutnant Richard Scheringer geleitet, dem Vorzeigerekruten der KPD aus den Nazis. Trotzki schrieb über das nationalistische Wetteifern der KPD mit den Nazis: „Die Losung einer ‚Volksrevolution‘“ (verwischt) „die ideologische Demarkation zwischen Marxismus und Faschismus“ („Gegen den Nationalkommunismus - Lehren des ‚Roten‘ Volksentscheids“, 25. August 1931, in *Schriften über Deutschland*). Zwei Jahre später brach unter Hitler die Arbeiterbewegung taumelnd zusammen. In den Schockwellen des Zusammenbruchs liefen ganze Einheiten des Rotfrontkämpferbundes der KPD geschlossen zu den Braunhemden über.

Das lumpenproletarische Jugendmilieu schoß in den 70er und 80er Jahren wie Pilze aus dem Boden, da der Klassenkampf ausblieb und die Macht des westdeutschen Proletariats durch seine reformistischen Irreführer weiterhin gefesselt bleibt. Die mächtigen DGB-Gewerkschaften wurden nicht nur in ökonomischen Kämpfen zurückgehalten, auch in dem wesentlichen Kampf gegen den wiederaufsteigenden Faschismus und für volle Staatsbürgerrechte für Einwanderer wurden sie als Zuschauer im Abseits gehalten.

Der einzige Weg zu einer Zukunft für die Jugend, die Frauen und alle Unterdrückten der verrottenden kapitalistischen Gesellschaft führt über die proletarische Revolution. Die Arbeiterklasse mit ihrem bedeutenden Bestandteil an Einwanderern braucht dringend eine internationalistische Arbeiterpartei, die den berühmten Ausruf Liebknechts zu ihrem eigenen macht: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ ■

Abonniert!

SPARTAKIST 4

Arbeiterproteste breiten sich aus, nationalistische Agitation verschärft sich
Jugoslawien in Aufruhr

Für politische Arbeiterrevolution, um die parasitäre Bürokratie zu stürzen!

Sowjetische Arbeiter müssen Permian verlassen!
Russische Nazis erheben ihr Haupt

Wir sind die Partei der Russischen Revolution!

12 Ausgaben einschließlich Spartacism (deutsche Ausgabe)

Inland DM 10,-
Ausland Seepost DM 15,-
Luftpost DM 30,-

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde,
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
Postgirokonto Ffm 1 19 88-601

BERLIN

Division Spezialisten der Verbrechenforschung



Sehr geehrte Damen und Herren,

Rehr: Die Agitation und Propaganda in Westberlin.

Aufgrund Ihrer bodenlosen Hetze und Diffamierungskampagne gegen die revolutionäre Avantgarde des westberliner Proletariats, sowie doppelzünglichen und schließlichen Verhalten gegenüber dem revolutionären und antiparalisierten Kampf in dieser Stadt, erstellen wir Ihnen und Ihrer Organisation bis zum vorzuzuschicklichen

31. 12. 1988 0:00 Uhr

PROPAGANDA UND AGITATIONSVORBEOC

in der selbstständigen politischen Ebene Westberlin.

Vor dem Folgen eines Verstoßes gegen das Verbot wollen wir Ihnen jetzt schon zu Ihrer eigenen Sicherheit abraten. Sie werden somit gegen § 12 der provisorischen Verfassung (Sicherung des Sozialismus gegen Störkräfte und Spione!) in Falls einer Mischung stehen wir um gegebenenfalls gegebenenfalls die entsprechenden Sicherheitsorgane einzuschalten.

Wir hoffen auf verlässliche und besonnenen Verhalten Ihrerseits, um die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Westberlin nicht durch die herbeiführen anarchistischer Umordnungen zu erschweren.



Mit freundlichen Grüßen

(Sticht Technologe)
Abteilung Schandlinge- und Spionage-
bekämpfung

Ordnung herrscht in Berlin?

besonders im brodelnden Lumpenmilieu. In Westberlin spricht es sich herum, daß Skinheads als Stoßtrupp für reaktionäre Feministen dienen; deren Kreuzzug gegen die „Pornographisierung des Alltags“ (d. h. sie wollen alles zensurieren, was mit Sex zu tun hat) nimmt die Form von Anschlägen auf Porno-Buchläden und -Kinos an. Inspiriert vom *Emma*-Magazin (das die Tausenden von Aids-Toten genüßlich als gerechte Bestrafung von männlichem Chauvinismus betrachtet) marschieren diese Feministen im Gleichschritt mit beim Feldzug der klerikalen Reaktion gegen Sex und Abtreibungen und bei deren hysterischer Kampagne über Aids. Mit ihren Belästigungen von türkischen Männern in U-Bahnen fachen sie das rassistische Klima in diesem Land an und leisten damit gleichzeitig der sehr realen Unterdrückung von eingewanderten Frauen Vorschub. Derartige krankhafte Ausdrücke der verfallenen kleinbürgerlichen Protestbewegungen der 60er und 70er Jahre durchziehen die

Ehrt Lenin, Liebknecht, Luxemburg

Am 15. Januar hielt die TLD an der Rosa-Luxemburg-Gedenkstätte am Landwehrkanal in Westberlin eine Kundgebung zu Ehren der „Drei L“ des Bolschewismus ab. Wir legten einen Kranz nieder mit der Aufschrift „Hoch lebe Lenin, Liebknecht, Luxemburg!“ und hatten Plakate mit Bildern und Zitaten der „Drei L“ dabei. Es war der 70. Jahrestag der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg; Faschisten hatten in den Tagen davor Gedenkstätten der beiden kommunistischen Führer und antifaschistische Mahnmale mit Hakenkreuzen beschmiert und besudelt.

Später am gleichen Tag fand eine von der SPD dominierte „Zwei L“-Veranstaltung unter Teilnahme von SEW und Grünen statt, mit dem Ziel, Luxemburg und Liebknecht als pazifistische Demokraten darzustellen, die nichts mit Lenin und der Russischen Revolution am Hut hatten. Die TLD protestierte mit Plakaten und Bildern gegen diese heuchlerische „Ehrung“, mit der die SPD, die Partei der Mörder, ihrer Opfer „gedachte“. Unsere Plakate zitierten u. a.: „Rosa Luxemburg: Wo habt Ihr das ABC Eurer heutigen Revolution gelernt? Von den Russen habt

Ihr's geholt: die Arbeiter- und Soldatenräte.“ Und „Karl Liebknecht: Wir rufen das Proletariat zu einer neuen Revolution auf, zu der wirklichen Revolution, die die Sozialpatrioten zerschmettern wird!“ Es war jedoch von Bedeutung, daß an dieser Gedenkveranstaltung, die unter dem Thema des Kampfs gegen Neofaschismus stand, viele Gewerkschafter teilnahmen. *Massenmobilisierungen* von Arbeitern/Immigranten sind nötig, um die Faschisten zu zerschlagen!

Nachfolgend drucken wir die Rede von Genossen Fred Zierenberg auf der TLD-Kundgebung ab sowie Zitate aus Schriften der „Drei L“, die vorgetragen wurden.

Genossen, ich begrüße euch zur Gedenkkundgebung für Lenin, Liebknecht und Luxemburg. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sind hier an diesem Ort vor 70 Jahren ermordet worden – im Auftrag der SPD, der damaligen Regierung Ebert/Scheidemann. Scheidemann hat 50 000 Reichsmark auf die Köpfe der beiden ausgesetzt. Vor 65 Jahren starb Wladimir Iljitsch Lenin.

Wir machen hier unsere Gedenkkundgebung

mit 20 Genossen als *Partei*kundgebung, in der revolutionären Tradition der Gründer der KPD. In zwei Stunden werden hier tausend Leute sein, geführt von SPD, SEW, der Kirche und der Alternativen Liste, und Kränze niederlegen. Sie werden eine „Zwei L“-Kundgebung machen. Doch in der Tradition der kommunistischen Bewegung wurden Drei-L-Gedenken und -Treffen veranstaltet. Wir gedenken dieser drei revolutionären Führer, weil sie für die gleichen Ziele gekämpft haben. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht haben für die Ausweitung der Russischen Revolution auf Deutschland gekämpft und haben dafür vor siebzig Jahren – 14 Tage bevor sie dafür ermordet wurden – die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet. Und Lenin hat zusammen mit Trotzki die Kommunistische Internationale gegründet, um das Vermächtnis von Liebknecht und Luxemburg Wirklichkeit werden zu lassen: die Ausweitung der Oktoberrevolution. Und die deutsche Revolution spielte

für die Dritte Internationale eine große Rolle.

Wir werden hier Zitate aus den Schriften dieser revolutionären Führer vortragen, die den Lügen entgegenzutreten, die heute über sie verbreitet werden. Rosa Luxemburg wird von der SPD als Anti-Lenin und Gegnerin der Russischen Revolution dargestellt. Wir werden aus ihrer Schrift „Zur russischen Revolution“ zitieren, die sie im Gefängnis im Sommer 1918 schrieb – noch mit begrenzten Informationen. Karl Liebknecht wird heute als „Sozialist“ für die „Einheit“ mißbraucht. Lassen wir ihn selber zu Wort kommen, indem wir aus seiner Schrift „Der neue Burgfrieden“ zitieren. Und alle drei werden heute als zahnlöse Pazifisten dargestellt. Lenin war angeblich ein weiser Staatsmann, der nichts anderes wollte, als bis zum Ende aller Tage mit den Imperialisten friedlich zusammenzuarbeiten. Unser Zitat ist aus seinem Artikel „Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution“.

Fortgesetzt auf Seite 11

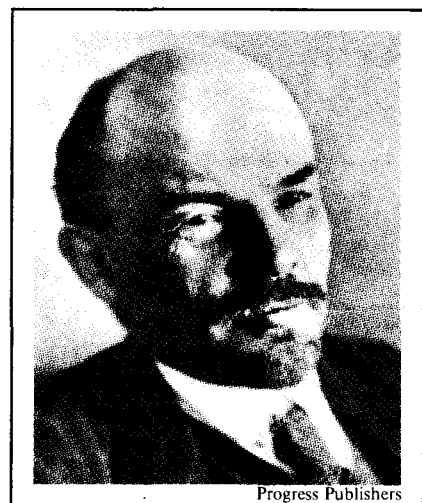
Die Frage der imperialistischen Kriege, jener heute in der ganzen Welt vorherrschenden internationalen Politik des Finanzkapitals, die *unvermeidlich* neue imperialistische Kriege erzeugt, ... Es ist das die Frage, ob im nächsten imperialistischen Krieg, der vor unseren Augen

von der Bourgeoisie vorbereitet wird, der vor unseren Augen aus dem Kapitalismus hervorgeht, 20 Millionen Menschen niedergemetzelt werden sollen (statt der 10 Millionen Gefallenen des Krieges 1914-1918 ...) ... die Losung „Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“ ... hat sich als *einzige Wahrheit* erwiesen ... Und immer klarer, immer deutlicher, immer unabwiesbarer erhebt vor Millionen und aber Millionen Menschen, die über die Ursachen des gestrigen Krieges und über den heraufziehenden Krieg von morgen nachdenken, die harte Wahrheit: Man kann dem imperialistischen Krieg und der ihn unvermeidlich erzeugenden imperialistischen Welt ... nicht *anders* entrinnen ... *als durch den bolschewistischen Kampf und durch die bolschewistische Revolution.*

Lenin, „Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution“, 18. Oktober 1921, Werke Bd. 33



Westberlin, 15. Januar: Wie im letzten Jahr ehrt die TLD die „Drei L“, dieses Jahr auch mit einem Kranz am Rosa-Luxemburg-Mahnmale am Landwehrkanal



Die Lenin-Partei war die einzige, die das Gebot und die Pflicht einer wirklich revolutionären Partei begriff, die durch die Losung: Alle Macht in die Hände des Proletariats und des Bauertums! den Fortgang der Revolution gesichert hat.

Damit haben die Bolschewiki die berühmte Frage nach der „Mehrheit des Volkes“ gelöst, die den deutschen Sozialdemokraten seit jeher wie ein Alp auf der Brust liegt. Als eingefleischte Zöglinge des parlamentarischen Kretinismus übertragen sie auf die Revolution einfach die hausbackene Weisheit aus der parlamentarischen Kinderstube: um etwas durchzusetzen, müsse man erst die Mehrheit haben. Also auch in der Revolution: Zuerst werben wir eine „Mehrheit“. Die wirkliche Dialektik der Revolutionen stellt aber diese parlamentarische Maulwurfsweisheit auf den Kopf: Nicht durch Mehrheit zur revolutionären Taktik, sondern durch revolutionäre Taktik zur Mehrheit geht der Weg. Nur eine Partei, die zu führen, d. h. vorwärtszutreiben versteht, erwirbt sich im Sturm die Anhängerschaft. Die Entschlossenheit, mit der die Lenin und Genossen im entscheidenden Moment die einzige vorwärtstreibende Losung ausgegeben haben: Die ganze Macht in die Hände des Proletariats und der

Bauern! hat sie fast über Nacht aus einer verfolgten, verleumdeten, „illegalen“ Minderheit, deren Führer sich wie Marat in den Kellern verstecken mußten, zur absoluten Herrin der Situation gemacht.

Die Bolschewiki haben auch sofort als Zweck dieser Machtergreifung das ganze und weitgehendste revolutionäre Programm aufgestellt: nicht etwa Sicherung der bürgerlichen Demokratie, sondern Diktatur des Proletariats zum Zwecke der Verwirklichung des Sozialismus. Sie haben sich damit das unvergängliche geschichtliche Verdienst erworben, zum erstenmal die Endziele des Sozialismus als unmittelbares Programm der praktischen Politik zu proklamieren.

Was eine Partei in geschichtlicher Stunde an Mut, Tatkraft, revolutionärem Weitblick und Konsequenz aufzubringen vermag, das haben die Lenin, Trotzki und Genossen vollauf geleistet. Die ganze revolutionäre Ehre und Aktionsfähigkeit, die der Sozialdemokratie im Westen gebracht, war in den Bolschewiki vertreten. Ihr Oktoberaufstand war nicht nur eine tatsächliche Rettung für die russische Revolution, sondern auch eine Ehrenrettung des internationalen Sozialismus.

Rosa Luxemburg, „Zur russischen Revolution“, 1918, Werke Bd. 4



Einigkeit! Wer könnte sie mehr ersehnen und erstreben als wir. Einigkeit, die das Proletariat stark macht zur Erfüllung seiner geschichtlichen Mission.

Aber nicht jede „Einigkeit“ macht stark.

Einigkeit zwischen Feuer und Wasser verlöscht das Feuer und verdampft das Wasser; Einigkeit zwischen Wolf und Lamm liefert das Lamm dem Wolfe zum Fraß; Einigkeit zwischen Proletariat und herrschenden Klassen opfert das Proletariat; Einigkeit mit Verrätern bedeutet Niederlage.

Nur gleichgerichtete Kräfte stärken sich durch Vereinigung; einander widerstrebende Kräfte zusammenzuketten heißt sie lähmen.

Gleichgerichtete Kräfte verbinden: das ist unser Bemühen; verschiedene gerichtete Kräfte verkoppeln, um die radikalen Stoßkräfte der Revolution zu hemmen und abzulenken, das ist das Bemühen der jetzigen Einigkeitsapostel, wie es das Bemühen der Einigkeitsprediger im Kriege war. Politik ist Tat. Zusammenwirken zur Tat setzt Einigkeit über Weg und Ziel voraus. Wer mit uns in Ziel und Weg übereinstimmt, ist uns willkommener Kampfgenosse. Einigkeit im Geiste, in der Gesinnung, im Wollen und Handeln, das nur ist wahre Einigkeit. Einigkeit in der Phrase ist Irrlicht, Selbsttäuschung oder Betrug. Die Einigkeitsapostel, sie wollen die „Revolution“, die noch kaum begonnen, schon heute liquidieren; sie wollen die Bewegung „in ruhige Bahnen“ lenken, um die kapitalistische Gesellschaft zu retten; sie wollen dem Proletariat durch Wiederherstellung des Klassenstaates und Erhaltung der ökonomischen Klassenherrschaft die Macht wieder aus den Händen winden, während sie es



durch die Einigkeitsphrase hypnotisieren. Sie fallen über uns her, weil wir dieses Vorhaben durchkreuzen, weil wir es ehrlich und ernst meinen mit der Befreiung der Arbeiterklasse, mit der sozialistischen Weltrevolution.

Können wir mit denen einig sein, die nichts anderes sind als sozialistisch verkleidete Platzhalter der kapitalistischen Ausbeuter?

Können, dürfen wir uns mit ihnen verbinden, ohne uns mitschuldig zu machen an ihren Anschlägen?

Einigkeit mit ihnen wäre Verderben für das Proletariat, wäre Preisgabe des Sozialismus, der Internationale. Ihnen gebührt kein brüderlicher Handschlag, ihnen gilt nicht Einigkeit, sondern Kampf.

Die arbeitenden Massen sind die Vollstrecker der sozialen Revolution. Klare Klassenbewußtsein, klare Erkenntnis ihrer geschichtlichen Aufgabe, klarer Wille zu ihrer Erfüllung, zielsichere Tatkraft, das sind die Eigenschaften, ohne die sie ihr Werk nicht vollbringen können. Zerstreuung des Einigkeitsphrasennebels, Bloßstellung aller Halbheit und Lauheit, Entlarvung aller falschen Freunde der Arbeiterklasse ist dann das erste Gebot – heute mehr als je. Nur aus schonungsloser Kritik kann Klarheit erwachsen; nur aus Klarheit Einigkeit; nur aus Einigkeit in Gesinnung, Ziel und Willen die Kraft zur Schöpfung der neuen Welt des Sozialismus.

Karl Liebknecht, „Der neue Burgfrieden“, 19. November 1918, Werke Bd. IX

Iran: Stoppt die Hinrichtungen!

In mehr als einem halben Dutzend Städten rund um die Welt waren Sprechchöre vor den Büros von Vertretern des iranischen Mullah-Regimes zu hören: „Stoppt die Hinrichtungen!“ Von Hamburg über Washington, D.C. bis Sydney schlugen die Protestteilnehmer Alarm über die riesige Welle von Morden an linken politischen Gefangenen und anderen Regimekritikern in Chomeinis Gefängnissen. Sie folgten einem Aufruf der internationalen Spartacist Tendenz und des Partisan Defense Committee (PDC) zu einer dringlich notwendigen Mobilisierung, um „in der ganzen Welt ihre Stimme“ (zu) „erheben in einem Schrei der Empörung gegen diese unaussprechlichen Verbrechen an den Gegnern der Mullahdiktatur!“

Sektionen der iST in sieben Ländern gaben einen Aufruf heraus, der auf englisch, französisch, deutsch, italienisch und farsi veröffentlicht wurde. Mit ihrem Aufruf zu einer internationalen Kampagne gegen das Massenabschlachten, das im Iran abläuft, wollte die iST einen vereinten Protest der verschiedenen Gruppen erreichen. In einer solchen Einheitsfront können alle Gruppen ihre eigenen politischen Ansichten darlegen, während sie gemeinsame Sache machen bei der zentralen Forderung: „Stoppt die Hinrichtungen im Iran!“ Durch die von der Spartacist-Tendenz initiierten Protestkundgebungen fanden verschiedene Exilorganisationen der iranischen Linken, die auf erbitterte Weise vom brudermörderischen Sektierertum zerrissen ist, Gelegenheit, in der gemeinsamen Aktion zusammenzuarbeiten: im Protest gegen das Blutbad, das vom Regime des Ajatollah entfesselt worden ist.

Etwa 100 Leute, darunter Dutzende von Exiliranern, kamen in Hamburg am 11. Januar vor dem Generalkonsulat der Islamischen Republik Iran zur Kundgebung, die die TLD initiiert hatte. Sprecher der Kommunistischen Partei Irans/Komalah, der Revolutionären Arbeiterorganisation Irans (Rahe Kargar), der Sympathisanten der ehemaligen Peykar, der Fedajin (Zentralkomitee der Minderheitszelle) betonten, daß in einigen Gefängnissen *alle* hingerichtet worden sind

und besonders dem Besuch Genschers im Iran letzten November: „Profit geht über Leichen. Die Massenmedien schweigen über die Ereignisse im Iran. Herr Genscher reist nach Teheran, um den Henkern den Rücken zu stärken.“

Ebenfalls am 11. Januar versammelten sich in Paris 140 Demonstranten vor den Büros von Iran Air auf den Champs Elysées. Die Ligue trotskyste de France, Initiator der Protestkundgebung, hatte an verschiedenen Universitäten in drei Tagen 7000 Flugblätter verteilt. Zahlreiche iranische Gruppen folgten dem Aufruf; unter den Rednern auf der Kundgebung waren ein Vertreter des Komitees gegen politische Hinrichtungen im Iran, Unterstützer von KPI/Komalah und der Fedajin-Minderheit. Auch Rahe Kargar, die Mudschaheddin und Unterstützer der Tudeh-Partei nahmen teil.

Am nächsten Tag demonstrierten etwa 45 Leute in Lyon, darunter eine Reihe iranischer Frauen und Angehörige der kurdischen und der aserischen nationalen Minderheit. Die iranischen Frauen riefen begeistert mit bei Sprechchören der LTF wie: „Nieder mit dem Schleier! Nieder mit islamischer Reaktion!“

Am 13. Januar organisierte die Spartacist League/U.S. (SL/U.S.) eine Demonstration vor der iranischen Interessenvertretung in der Nähe von Washington. Die Protestkundgebung prangerte die Hinrichtungen im Iran an und stellte die Losung auf: „USA raus aus dem Persischen Golf!“ Am nächsten Tag wurde in Toronto eine Kundgebung gemeinsam von der Trotskyist League of Canada, der Tudeh-Partei und der Fedajin-Mehrheit durchgeführt; allerdings verließen die Tudeh-Unterstützer vorzeitig die Kundgebung, da sie sich an Gruppen störten, die auch andere Losungen trugen als den Aufruf, die Hinrichtungen zu stoppen.

Ebenfalls am 14. Januar demonstrierten über 60 Leute zusammen mit der Spartacist League/Britain vor der iranischen Botschaft in London, darunter Unterstützer von KPI/Komalah und der Fedajin-Mehrheit und Fedajin-Minderheit. Die Polizei hinderte eine



Kampagne wurde von der internationalen Spartacist Tendenz initiiert: Paris (links), Washington D. C. (rechts). Das Plakat in Farsi: „Stoppt die Hinrichtungen im Iran!“

Einem PDC-Aufruf folgten am 19. Januar etwa 85 in New York. Unter den Teilnehmern waren Unterstützer mehrerer linker iranischer Organisationen wie KPI/Komalah, Tudeh und die Organisation Iranischer Frauen. Vor der iranischen UN-Mission forderten sie u. a.: „Stoppt Chomeinis Hinrichtungen!“ und „Freiheit für linke Gefangene!“ Eine Sprecherin der SL/U.S. wies auf die besondere Verantwortung hin, in den USA gegen diese Verbrechen zu protestieren: „Denkt an Iran-Air-Flug 655, bei dem 290 Menschen durch ein US-Kriegsschiff über dem Persischen Golf vom Himmel geholt wurden – Opfer des antisowjetischen Kriegskurses der USA, der im Persischen Golf und gegen Libyen ständige Kriegsprovokationen bedeutet hat.“

Diese Protestkundgebungen, von Westdeutschland bis Australien, waren eine Demonstration von proletarischem Internationalismus. Als Antwort auf das scheußliche Massaker im Iran hat die internationale Spartacist Tendenz einfach die Pflicht von Kommunisten erfüllt, für die Unterdrückten einzutreten als Teil des Kampfes für die sozialistische Weltrevolution. Nachfolgend drucken wir Auszüge ab aus der Rede der TLD-Vertreterin auf der Kundgebung vom 11. Januar in Hamburg.

„Heute ist es dringend notwendig, Einheit in der Aktion zu schaffen, um diese Hinrichtungswelle zu stoppen. Mit diesem Aufruf stehen wir in der Tradition der Internationalen Roten Hilfe, der Arbeiterverteidigung, gegründet von der Kommunistischen Internationale. Das ist das Vorbild für die Arbeit des Partisan Defense Committee in den USA, das diesen Aufruf der internationalen Spartacist Tendenz motiviert hat. Die gemeinsame Aktion gegen einen gemeinsamen Feind sollte so offensichtlich sein. Heute ist es aber schwierig geworden, diese Einheit zu schaffen. Warum? Und warum sind die mächtigen deutschen Gewerkschaften heute nicht hier?“

Vor 70 Jahren ließ die Sozialdemokratie die besten revolutionären Führer der jungen KPD hinrichten. Nicht nur Liebknecht und Luxemburg, auch alle anderen der besten Führer der jungen KPD starben. Aber was hat die KPD gesagt? Die SPD, die das organisiert hat, und die Faschisten seien „Zwillingsbrüder“. Das war die sogenannte „Sozialfaschismus“-Theorie. Das Ergebnis war aber, daß die Millionen von Arbeitern bei der SPD blieben. Und es gab keine erfolgreiche Aktionseinheit im Kampf gegen die wachsende Gefahr des Faschismus. Es war nur die kleine Minderheit von Oppositionellen in der KPD, die Trotzlisten genannt wurden, die dafür gekämpft haben. Hitler kam ungehindert an die Macht und erstickte dann alles im nationalistischen Wahnsinn. Heute leidet

immer noch die deutsche Arbeiterklasse – und nicht nur sie – an dieser schrecklichen Niederlage. Und trotzdem wollen Linke heute dieselben Argumente gegen andere Linke benutzen, auch gegen die Tudeh-Partei.

Aber heute macht Chomeini keinen Unterschied. Er greift heute *alle*, auch die, die damals vor zehn Jahren offene Illusionen hatten in die Mullahs und Chomeini auch dienen. So ist es heute leicht, gegen die islamische Reaktion zu sein. Aber 1978 und 1979 war es nicht so leicht. Damals stand unsere Tendenz allein. Wir haben damals die Wahrheit gesagt: „Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs! Für Arbeiterrevolution im Iran!“

Der Iran ist sehr ähnlich zum russischen Reich unter dem Zaren: ein riesiges Völkergefängnis. Und diese Bourgeoisie ist viel zu feige und viel zu schwach, um auch nur die einfachsten demokratischen Aufgaben zu erfüllen. Gleichheit für die Frauen – die waren auch die ersten, die in den 70er Jahren für ihre Freiheit auf die Straße gingen –, Befreiung für die Kurden, Belutschen, für die anderen Völker, ein Ende der Unterdrückung der religiösen Minderheiten wie der Bahais im Iran: davon kann die Bourgeoisie nichts bringen. In Rußland gab es aber eine Sache, die es im Iran nicht gibt und vor zehn Jahren auch nicht gab, als die Frage der Revolution gestellt war. Und dies war eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse. Die Bolschewistische Partei unter Lenin und Trotzki konnte die riesige Bauernschaft und die vielen Völker von dem zaristischen Reich vereinigen und ein Bündnis schmieden auf dem Programm der Arbeiterklasse. Und sie waren keine russischen Nationalisten. Sie waren Internationalisten. . .

Der islamische Staat will mit dem Blut seiner Gegner das Regime stabilisieren. Und er will auch die Gunst der westlichen Imperialisten mit diesem Blut erkaufen. Westdeutschland deportiert schon immer Linke zu ihrem Tod in den Iran, genau wie in die Türkei, in den ganzen Nahen Osten und nach Sri Lanka. . .

Aber proletarische Revolution, Genossinnen und Genossen, das ist es, was notwendig ist: um die Gefängnistore zu öffnen, für Freiheit für das kurdische Volk, für die anderen Völker und für die Völker, die in Afghanistan leben. Aber dafür muß diese Generation iranischer Linker gerettet werden. Notwendig ist heute ein mächtiger Aufschrei von der ganzen Linken, von den Arbeiterorganisationen, vor allem von den Gewerkschaften, und von allen Organisationen, die die demokratischen Rechte verteidigen. Wir müssen dabei zusammenstehen, um zu fordern: Schluß mit den Hinrichtungen im Iran! Stoppt die Hinrichtungen im Iran! ■



Einheitsfrontprotest vor dem iranischen Generalkonsulat in Hamburg

und daß bis zum 11. Februar, dem Jahrestag von Chomeinis Machtergreifung, alle Linken hingerichtet würden. Die linken iranischen Organisationen schätzen, daß bereits bis jetzt die Zahl der Todesopfer an Linken und anderen bei 5000 liegt. „Verteidigt Tudeh, Komalah, Fedajin, *alle* Linken!“ hieß es auf einem TLD-Plakat. Andere Forderungen bei der Kundgebung waren: „Stoppt Zimmermanns Abschiebeprogramm!“, „Politisches Asyl für alle Flüchtlinge vor reaktionärem Terror!“ und „Abschiebung ist Mord!“

Eine Erklärung von KPI/Komalah, die auf der Kundgebung verlesen wurde, unterstrich die Verbindung zwischen der Welle von Hinrichtungen und den Bemühungen des islamischen Regimes um bessere Beziehungen zu den westlichen imperialistischen Mächten

Reihe iranischer Militanter daran, an der Kundgebung teilzunehmen: sie drohte mit Verhaftungen, falls sie sich weigerten, den ihr Gesicht verdeckenden Schutz abzunehmen und sich somit den Agenten des Mullahregimes auszuliefern. Ein Spartacist-Vertreter verurteilte dieses „skandalöse Beispiel von Zusammenarbeit zwischen dem britischen und dem iranischen Staat“.

60 Demonstranten versammelten sich am 17. Januar in Melbourne, eine Aktion, die von der Spartacist League of Australia und New Zealand initiiert war und die unterstützt wurde von der Iranischen Flüchtlingsassoziation und einer Anzahl türkischer Organisationen (unter den Teilnehmern waren Unterstützer des Vereins australischer türkischer Arbeiter und von Devrimçi Yol).

Afghanistan: Sowjetischer Rückzug heißt Blutbad an Frauen, Linken

Bei der Protestkundgebung am 11. Januar in Hamburg gegen die Massenhinrichtungen im Iran trugen Anhänger der Trotzki-schen Liga Deutschlands (TLD) u. a. das Plakat: „Sowjetischer Rückzug bedeutet Mullah-Terror gegen Frauen, Linke!“ Die TLD-Sprecherin erklärte: „Dieses Blutbad im Iran kommt nicht zufällig jetzt, da die Rote Armee sich aus Afghanistan zurückzieht. Das Regime in Teheran gibt uns leider nur einen Vorgeschmack davon, was der Dschihad“ (heiliger islamischer Krieg) „in Afghanistan versprochen hat.“

Bei einer Veranstaltung der TLD in West-berlin am 3. Dezember: „Wir sind die Partei der Russischen Revolution“, unterstrichen Beiträge von einer TLD-Sprecherin sowie von einem iranischen Militanten, der den Zeitpunkt von Chomeinis Sieg in Erinnerung rief, diese Verbindung. Nachfolgend veröffentlichten wir leicht redigierte Auszüge beider Beiträge.

„Die Bolschewiki haben den Weg zur Befreiung der Frau gezeigt. Sie haben 1917 angefangen, formelle gesetzliche Gleichheit zwischen Mann und Frau zu schaffen: Heirat war eine Registrierung auf der Basis der Übereinstimmung zwischen dem Mann und der Frau. Der Begriff ‚uneheliches Kind‘ wurde abgeschafft. Es wurde die Abtreibung legalisiert und andere Gesetze erlassen. Es war sehr wichtig, für die Vergesellschaftung der Hausarbeit einzutreten, um die Frauen von dieser Kette zu befreien.“

Besonders im Osten der Sowjetunion war es schwierig für die Bolschewiki, diese Arbeit zu leisten, wo die Frauen verschleiert waren – wie in Afghanistan, bevor die Rote Armee kam. Die Arbeit von den Bolschewiki war ein Kampf auf Leben und Tod. Trotzki und Lenin haben damals gesagt: Diese Frauen



Kabul 1988: Afghanische Frauen, bewaffnet mit sowjetischen AK-47, marschieren am 10. Jahrestag der „Aprilrevolution“

gerade im Osten sind die besonders Unterdrückten, und die müssen wir gewinnen. Die werden mit uns diesen jungen Arbeiterstaat aufbauen.

Das war und ist für uns in Afghanistan entscheidend, wo die internationale Spartacist Tendenz bei dem Einmarsch der Roten Armee gesagt hat: ‚Hoch die Rote Armee!‘ Denn sie hat garantiert, daß die Frauen lesen und schreiben lernen, ohne daß sie oder die Lehrer umgebracht werden von den Mullahs. Wir sind gegen den Abzug der Roten Armee, denn man sieht, was für ein Blutbad die Mullahs gegen die Frauen anrichten. Im Spiegel gibt es einen Bericht von zwei

Ärzten, die bestimmt nicht verdächtig sind, links zu sein. Sie haben mitgekriegt, wie mörderisch die Mullahs sind. Die lassen Leute draufgehen, die krank sind, weil sie ihren Glauben haben; die unterdrücken die Frauen. Sie haben gesehen, ‚wie ‚heilige Krieger‘ amerikanische Boden-Boden-Raketen in Kabuler Wohngebiete feuern‘.

Wir haben eine Seite gehabt und haben gesagt: ‚Hoch die Rote Armee!‘ Das war niemals die Politik der stalinistischen Führung. Wir haben gesagt: ‚Ausweitung der Oktobererrungenschaften!‘ Wir waren die einzigen, die dafür gekämpft haben.“

„Nach einer Woche“ (nach Chomeinis Triumph im Februar 1979) „hat die TLD – ich kannte diese Organisation überhaupt nicht – eine Erklärung geschrieben: ‚Nieder mit den Mullahs! Nieder mit dem Schah!‘ Diese Erklärung hat mich sehr beeindruckt. An der Technischen Universität war eine hervorragende Aktion von ein paar Leuten von der TLD. Und leider haben die Iraner sie weggeschoben, ganz stark gegen die Aktion reagiert. Sogar habe ich gehört, daß sie diese Leute als CIA-Agenten bezeichnet haben. Dann haben wir mit der“ (Tudeh-) „Partei gesprochen. Man hat Kianuri gefragt, den Führer der Partei: Was hast du überhaupt gegen diese Organisation? Er sagte: ‚Was die Kommunistische Partei über die Revolution sagt, da sagt Chomeini das Gleiche. Darum wollen wir mit Chomeini weitergehen.‘ Das ist sehr wichtig, weil nämlich keine Revolution passiert ist. Und die ganze Partei fuhr nach Hause. Wir haben da Chomeini unterstützt, obwohl Chomeini im Radio gesagt hat: ‚Ihr Pasdaran, islamische Wächter, müßt von den Tudeh-Mitgliedern lernen, wie die Revolution verteidigt wird.‘

Und was haben wir jetzt? Die Partei ist vernichtet worden, Tausende sind hingerichtet worden. In der letzten Zeit, vor zwei, drei Tagen haben wir gehört, daß noch 33 Mitglieder des Zentralkomitees hingerichtet worden sind.

In noch einem Artikel habe ich gehört: Abzug der Truppen, Rote Armee aus Afghanistan. Was passiert, wenn die Rote Armee aus Afghanistan weg ist? Als Iraner sage ich: Das ist die Vernichtung der Revolution. Das ist eine Vernichtung der gesamten Bevölkerung von Afghanistan, 15 Millionen oder so. Macht keinen Fehler wie unser Fehler. Es ist sehr wichtig, was hier gesagt wird. Ich kenne deine Organisation nicht, aber die gesamte Bewegung hier, es geht um Trotzki-mus. Ich denke, wenn wir die TLD damals verstanden hätten oder wollten, dann hätte die Partei überhaupt nicht vernichtet werden können. Dann könnten wir jetzt ganz laut sagen, daß die Revolution gemacht werden muß und nicht scheitert.“

Iran...

Fortsetzung von Seite 1

von Aktivisten, Mitgliedern der Intelligenz und kulturellen Persönlichkeiten, nur ein kleiner Bruchteil der Getöteten. „Iran trauert“, sagte er. Es hat im Iran inmitten dieser Terrorherrschaft auch Proteste gegeben. Die Wahrheit (30. Dezember 1988), die Zeitung der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, berichtet: „Eine größere Zahl Verwandter von hingerichteten Oppositionellen hat nach Angaben der Volksmudschaheddin am Dienstag vor dem Justizministerium in Teheran mit einem Sitzstreik gegen die Massenhinrichtungen im Iran protestiert.“

Und in New York hat das „Committee in Solidarity with the People of Iran“ (CISPI – Komitee in Solidarität mit dem Volk von Iran) grausige Bilder von Leichen veröffentlicht, die auf den „Friedhof der Verdammten“ in Teheran geworfen worden waren. „Es gibt auch Berichte, daß alle politischen Gefangenen in der Stadt Hamadan von Erschießungskommandos hingerichtet worden sind.“ „Die wahren Dimensionen der Verbrechen, die hinter den Gefängnismauern der Islamischen Republik begangen werden, sind noch immer unbekannt... Diese Berichte zeigen, daß allein in diesem letzten Monat 10 000 politische Gefangene hingerichtet worden sind.“

Krieg und Revolution

Was die bloße Zahl der Opfer betrifft, kommt das Blutbad im Iran dem Massenmord gleich, der auf den konterrevolutionären Pinochet-Putsch 1973 in Chile folgte. Heute sehen wir im Iran ein bewußtes Vernichtungsprogramm, das eine soziale Explosion nach einem langen reaktionären Krieg abwenden soll. Dem Londoner Independent zufolge hat Rahe Kargar Informationen, daß „die Hinrichtungen Teil einer umfassenden Politik seien, die Linke zu vernichten, so daß sie in Zukunft nicht imstande sei, den in der Bevölkerung weitverbreiteten Dissens aus-

zunutzen... Es heißt, es gäbe einen Zweistufenplan, bis zum zehnten Jahrestag der Revolution, diesen Februar, bei allen Linken das Verfahren wiederaufzurollen. In der ersten Phase würden 1000 Gefangene, die noch verurteilt werden müßten, summarisch vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt werden. In der zweiten Phase würden die politischen Gefangenen, die zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, erneut vor Gericht gestellt und, wenn sie nicht widerriefen, hingerichtet werden.“

Seit dem Beginn der theokratischen Herrschaft der Mullahs sind Folter und Hinrichtungen das tägliche Brot gewesen. Kurz nachdem aus dem Gefängnis von Evin Tausende politischer Gefangener aus den Folterkammern der Geheimpolizei des Schahs, der SAVAK, freigelassen worden waren, begann es sich mit den Opfern der islamischen Diktatur wieder zu füllen. Kurden und Belutschen, die für Selbstbestimmung kämpften, Anhänger der Bahai-Religion, Frauen, die sich weigerten, den Schleier zu tragen, Homosexuelle, Linke wurden zu Tode gesteinigt, gehängt oder von Exekutionskommandos erschossen. Ein Bericht von CISPI über die Lage der politischen Gefangenen im Iran erklärte: „Da nach dem Islam die Hinrichtung von Jungfrauen nicht erlaubt ist, werden junge Mädchen im Gefängnis vor ihrer Hinrichtung systematisch vergewaltigt...“

Es ist doppelt tragisch, daß sich viele von denen, die heute hingerichtet werden, 1978/79 dem von den Mullahs geführten Aufstand gegen den blutigen Schah angeschlossen hatten. Die Tudeh-Partei, die historische Führung der Arbeiterklasse des Iran, lieferte ihre Basis aus, zu Chomeinis Diensten. Sie verriet vielversprechende Arbeiteraktionen, darunter Streiks der vorwiegend arabischen (nicht farsi-sprechenden) Ölarbeiter des Südens, und führte sie damit der islamischen Reaktion in die Arme. Damals stand die internationale Spartacist Tendenz einzig da mit ihrer Erklärung: „Nieder mit dem Schah, nieder mit den Mullahs! Für Arbeiterrevolution im Iran!“ (siehe Kommunistische Korrespondenz Nr. 24). Ein Jahr später unterstützte die Mehrheit der irani-

schen Linken – sie hatten ja Chomeini als einen „antiimperialistischen“ Befreier begrüßt – ihre „eigene“ herrschende Klasse im Iran-Irak-Krieg. Selbst als die Schläger des Ajatollah Linke wieder in die gleichen Gefängnisse warfen, wo sie unter dem Schah gelitten hatten, selbst als das Regime Frauen, Homosexuelle, ethnische Minderheiten und Arbeiter verfolgte – die Tudeh-Partei und die Fedajin-Mehrheit (zusammen mit den pseudotrotzkistischen Organisationen HKE und HKS) folgten dem Schlachtruf zur Verteidigung des Vaterlands.

Das schreckliche Gemetzel des reaktionären Iran-Irak-Kriegs – in dem die arbeitenden Massen beider Länder nicht das geringste Interesse am Sieg ihrer „eigenen“ Herrscher hatten – zog sich acht Jahre lang hin und verschlang über eine Million Menschenleben. Es rief das schreckliche imperialistische Abschachten des Ersten Weltkriegs in Erinnerung. Vom Beginn des Krieges an bezog die internationale Spartacist Tendenz die leninistische Position des revolutionären Defätismus auf beiden Seiten, mit der Forderung: „Nieder mit den Obersten! Nieder mit den

Ajatollahs! Dreht die Gewehre um!“

„Aber der Krieg ist auch die Mutter der Revolution. Der Konflikt legt die wirklichen iranisch-irakischen ‚Grenzprobleme‘ offen: die unterdrückten Minderheiten, die durch die künstliche Grenze geteilt sind, vor allem die Kurden und die Araber von Chusistan, die dort die Mehrheit ausmachen... Dieser Krieg und die Position des revolutionären Defätismus wird eine Feuerprobe für eine revolutionäre Umgruppierung... sein.“ („Blutfehde Iran/Irak“, Spartakist Nr. 33, November 1980)

Wir erkannten, daß eine Niederlage für eine der beiden Seiten revolutionäre Möglichkeiten für das Proletariat eröffnen würde. Kriegsmüdigkeit nahm zu, und zu einem Zeitpunkt berichtete die Zeitung der amerikanischen Kommunistischen Partei, People's Daily World (27. Juni 1987), daß eine Gruppe von Fabrikarbeitern im Iran einen Aufruf verbreitete, „die ‚kriegshetzerische und arbeiterfeindliche Natur‘ des Chomeini-Regimes zu entlarven und gegen den Krieg zu kämpfen, indem man die Rekrutierung und die fi-

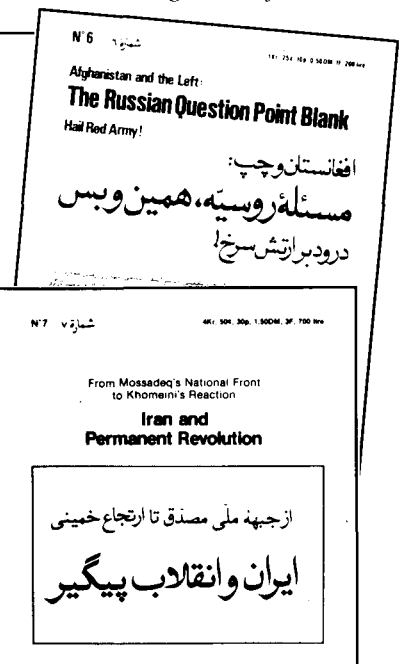
Fortgesetzt auf Seite 8

In Persisch erhältlich:

- Nr. 1 Pseudotrotzkisten unterstützen die Mullahs
- Nr. 2 Fedajin auf der Suche nach dem progressiven Klerus
- Nr. 3 Blutfehde Iran/Irak: „Iranische Revolution“ kontra „Arabische Revolution“
- Nr. 4 Der Krieg als Prüfstein für die iranische Linke
- Nr. 5 Warum sie die islamische Reaktion unterstützten: Iran und die Linke
- Nr. 6 Afghanistan und die russische Frage: Feuerprobe für die Linke – Hoch die Rote Armee!
- Nr. 7 Iran und die permanente Revolution

Nr. 1–6: je DM 0,50 Nr. 7: DM 1,50

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
Postgirokonto Ffm 119 88-601



Mumia Abu-Jamal spricht aus der Todeszelle

Diese auf Band aufgenommene Botschaft von Mumia Abu-Jamal – ein politischer Gefangener, der in Huntingdon, Pennsylvania, in der Todeszelle sitzt – wurde an die Kundgebung vom 5. November gegen den Klan überbracht. Als ein schwarzer Rundfunkjournalist in Philadelphia war Jamal sehr bekannt als die Stimme der Entrechteten und Unterdrückten. Jamal, ein ehemaliger Black Panther, verteidigte MOVE mutig gegen staatliche Repression und wurde selbst eine Zielscheibe für die Rache von Phyllis Bullen. Der Gouverneur von Pennsylvania, Case, lehnte die Forderung des Partisan Defense Committee (PDC) ab, Jamal einen Kurzurlaub zu gewähren, so daß er bei der Mobilisierung am 5. November sprechen könne. Das PDC hat eine landesweite Kampagne gestartet, um Mumia Abu-Jamal vor der rassistischen Todesstrafe zu retten.

Das wilde Gitarrenspiel von Folksinger Richie Havens und sein rauher, vibrierender Tenor verewigten den KKK in einer bewegenden, düsteren Ballade voller Trauer, in der Havens intonierte: „Der mit dem Klan reitet, ist ein Teufel und kein Mensch.“



Der schwarze Journalist Mumia Abu-Jamal, „Stimme der Entrechteten“

Aber so sehr seine Musik auch seelische Saiten zum Klingen bringt, er hat doch unrecht. Es sind Menschen. Menschen mit einem böswürdigen Ziel: im Interesse der herrschenden Klasse weiß gegen schwarz zu stellen, anglo gegen hispanisch, Christ gegen Jude und selbst Protestant gegen Katholik. Obwohl der Klan mit Kapuzen verhüllt auftrat, wußten Schwarze, die gerade Stunden zuvor der Sklaverei entkommen waren, sehr wohl, daß das nicht Dämonen aus irgendeiner schwefeligen Unterwelt waren, sondern einfach abscheuliche, böswürdige Menschen, die ihre Identität nur aus dem Grunde versteckten, um das politische Ziel der Südstaaten zu verschleiern und zu fördern: sie wollten das neugeborene Kind der Rekonstruktion, politische Errungenschaften der Schwarzen, erwürgen. Für die Agenten der weißen herrschenden Klasse des Südens – den Anwalt, den Richter oder den Sheriff, allesamt Unterstützer der Landbesitzeraristokratie – wäre es unpassend gewesen, schwarze Hütten zu stürmen, am helllichten Tag Schwarze zu lynchen und zu überfallen. So kamen die nächtlichen Reiter und die Kapuzen ins Spiel: die Ursprünge des KKK.

Die Gründung des Ku Klux Klan, 1866 in Tennessee, folgte der Proklamation zur Befreiung aller Sklaven auf dem Fuße. Ein Jahrhundert später versammeln sich Schlä-

ger mit Kapuzen im Namen des KKK bei der Freiheitsglocke und rufen weiße christliche Männer auf, sich ihrem Kreuzzug gegen Schwarze, Mexikaner und Juden anzuschließen. Wie ironisch, daß die ideologischen Söhne der Sklavhalter die Söhne Afrikas wüst beschimpfen, die als einzige Menschen Amerikas in Ketten gegen ihren Willen hierher gebracht wurden. Wie grausam, daß die Rassisten versuchen können, die spanischen Völker als „unamerikanisch“ zu verleumden, wo doch Amerika zum großen Teil geformt wurde durch den Diebstahl von Land, das seit altersher zu Mexiko gehörte, wo spanische und indianische Sprachen seit Jahrhunderten benutzt wurden. Wie lächerlich, daß der Haß des KKK gegen Juden sozusagen „gerechtfertigt“ wird durch einen Glauben, der von einem Juden begründet wurde.

Es ist Zeit, daß Leute dem Klan die Kapuzen runterreißen und sich genau ansehen, was drunter steckt. Historisch wurde die grauenhafte Welle der Gewalt des Klans gegen Schwarze nicht so sehr durch Haß als durch Angst angetrieben. Angst davor, daß die große Zahl von befreiten Schwarzen im schwarzen Gürtel des Südens das politische Leben per Stimmzettel bestimmen würden. Ebenso eine Zielscheibe des Klanterrors: die populistische Bewegung des Südens, wo Schwarze und arme Weiße im letzten Jahrhundert versuchten, sich gegen den gemeinsamen Feind zu vereinen – gegen die wahre Minderheit der Nation, die herrschende Klasse. Das ist in erster Linie die Rolle und Funktion des Klans: Rassenhaß zu benutzen, um die vielen Völker zu teilen, aus denen dieses Land besteht, so daß die Wenigen, die herrschende Klasse, die Vielen leichter ausbeuten können.

Zweifellos werdet ihr inzwischen gehört haben, wie führende Bürger Philadelphias erklären, daß die Verfassung alle Amerikaner schützt, ja sogar den Klan. Kauft ihnen das nicht ab! Wo waren denn diese führenden Bürger, als andere Agenten des Staates am 13. Mai 1985 feurigen Tod auf MOVE regnen ließen? Was ist mit dem Schutz der Verfassung für Ramona Africa, die diesen städtischen Holocaust überlebte, die genau zu dieser Stunde in einer Zelle des Frauengefängnisses von Muncy weit mehr als die Mindeststrafe absitzt, und das nur, weil sie sich weigert, ihrer Religion abzuschwören, den Lehren von John Africa, und weil sie sich weigert, eine drakonische Bedingung für eine Freilassung auf Bewährung einzuhalten, die von ihr verlangt, zu schwören, daß sie sich von ihrer eigenen Familie fernhält, in den Medien nichts zugunsten ihrer Familie sagt und keine Gerichtsverhandlung besucht, an der ein Africa beteiligt ist.

Die Klandemonstration wird zweifellos von der Bullenschwadron eingekreist, deren einzige Aufgabe es ist, den Klan zu beschützen, falls er auftauchen sollte. Es paßt genau, daß die Bullen, eine Agentur des Staates, den Auftrag haben, einen anderen Agenten, den Klan, zu beschützen. Denn täuscht euch nicht, der KKK dient den Interessen der herrschenden Klasse, die teilen muß, um zu herrschen. Der Klan wird beschützt, da sie ein Werkzeug des Systems sind. Auf MOVE wirft das System Bomben, da sie gegen das System sind.

Also welche Waffe kann diese Gefahr unter der Kapuze am besten besiegen? Die Antwort ist, ihr hinterhältiges, aber klares

Ziel zu besiegen. Die Antwort ist Einheit. Einheit auf der breitesten möglichen Basis, nicht nur gegen den Klan, sondern Einheit gegen seinen Herrn, für den er ins Feld zieht, die herrschende Klasse. Die rassistische Botschaft, die der Klan aus seinen spitzen Kapuzen herausgeföhrt, bietet keine Lösung für den Krisenzustand, der Amerika im Griff hat. Es ist nur ein Schwindel, um Zeit zu kaufen für ein System, das im ökologischen und sozialen Desaster feststeckt.

Wenn Amerika morgen ohne Afrikaner, Juden, spanische, vietnamesische und andere auftauchende sogenannte Ausländer dastehen würde, wären die Meere frei von Giftmüll? Würde die Ozonschicht sich erneuern? Würde sich der sogenannte Treibhauseffekt, der droht, große Getreidefelder in Treibsand zu verwandeln, selbst auflösen? In Wahrheit ist der Klan nur eine Ablenkung. Denn Rassisten, die weit tödlicher sind, sitzen da in ihren schwarzen Roben und schicken Schwarze, Hispanics und Arme ins Gefängnis, wo der Staat den Sklavhalter spielt. Das ist die Lösung der Gerichte für die Probleme, vor denen das Volk steht. John Africa lehrt: „Die Gerichtshöfe sind die Werkzeuge der industriellen Pest und gewähren dem Big Business das Privileg, unsere Erde zu vergiften.“

Zur gleichen Zeit lassen Millionärspoliker Schwachsinn ab über das Grüßen der Fahne, während die Armen die Mülltonnen nach Eßbarem durchstöbern und in der reichsten Nation der Welt auf der Straße schlafen. Im Stadtzentrum von Philadelphia sind die Türme von grünem, glitzernem Prunk ein scharfer Kontrast zu den Entmutigten, Niedergedrückten der nächtlichen Straßen – hungrig, ohne Wohnung, ohne Hoffnung. Die Straßen der Stadt nehmen den völlig verdeckten Schimmer eines Kalkutta an, während Bush über tausend Lichterpunkte faselt.

Den Klan kann man stoppen. Die Gefangenen kann man befreien. Den Hungrigen kann man Essen geben und den Obdachlosen Wohnungen. Aber dazu ist die Energie der Vielen notwendig; denn die Wenigen, die reiche herrschende Klasse, schert sich ganz einfach einen Dreck darum. Vor allem ist Einheit nötig, um den Klanmännern entgegenzutreten und sie zu besiegen – nicht nur die bei der Freiheitsglocke – sondern die im Rathaus, die in Harrisburg und die in Washington, D.C. Nötig ist die Einheit von entschlossenen Menschen, um die Klanmänner zu stoppen, nicht nur die in weißen Roben und Kapuzen, sondern auch die in schwarzen Roben, die in Uniform, die in Maßanzügen. Es ist Entschlossenheit nötig, um die herrschende Klasse zu erkennen und sich ihr zu widersetzen, den Superreichen, die hinter dem Klan stehen bei seinem Ziel der Teilung. Es ist höchste Zeit, daß Leute sich umschauen – dort auf Independence Mall – und sich ein für alle Mal für wirklich unabhängig von dem System erklären, das ihre Arbeit stiehlt, ihre Zukunft stiehlt und als Erbe nur eine Welt hinterläßt, die an Gift, an Haß, an Teilung, an Tod erstickt.

Nieder mit dem Klan! Und nieder mit diesem verrotteten System! Freiheit für MOVE! Freiheit für Mona Africa! Freiheit für Sue, Consuewella, Carlos und Moe Africa! Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Hier spricht Mumia Abu-Jamal, aus der Todeszelle.

Iran...

Fortsetzung von Seite 7

nanzielle und materielle Hilfe für die Fronten verhindert und die Arbeit in den Rüstungsfabriken verweigert“. In der Tat hat Chomeini jetzt, nachdem er gelobt hatte, einen „heiligen Krieg“ für Allah zu führen – und ihn nicht hatte gewinnen können – eine präventive Terrorherrschaft gegen die Völker des Iran entfesselt.

Aber die wichtigeren linken Strömungen im Iran blieben in der entscheidenden Zeit, als die Herrschaft des verhaßten Schahs zerfiel, bei ihrer Unterordnung unter Chomeini. Daher nahm keine von ihnen eine Kampfperspektive an, den reaktionären nationalistischen Krieg in einen Bürgerkrieg umzuwandeln gegen die baathistischen Obersten und die herrschende Kaste von Schiiten. Einige nahmen bestenfalls eine neutralistische Haltung „für den Frieden“ ein, als sich der Krieg in die Länge zog. Jetzt, wo die Kanonen an der Front von Basra-Abadan verstummen, wird in Teheran das Feuer gegen „Ungläubige“ eröffnet, um einen „Frieden“ der Friedhöfe zu schaffen. Im Nachkriegsiran, wo sich die Fragen von Chomeinis Nachfolger und des finanziellen Wiederaufbaus des kriegszerstörten Landes stellen, fällt das Beil des Scharfrichters auf Linke, Kurden und sogar regimekritische Mullahs.

Die imperialistischen Mächte hielten sich im Iran-Irak-Krieg größtenteils zurück und spielten beide Seiten gegeneinander aus. Im Interesse der antisowjetischen Kriegstreiber bewaffnete Reagan zunächst einmal die Iraner mit US-Raketen, dann (nachdem dies im Iran/Contragate-Skandal aufgeklungen war) beging er wiederholte blutige Konfrontationen, darunter letztes Juli das mutwillige Massaker an 290 Passagieren an Bord des iranischen Airbus.

Das imperialistische Westdeutschland hatte sicher auf keinen Favoriten gesetzt und erhielt diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen sowohl zum Iran als auch zum Irak aufrecht. Die Frankfurter Bankiers sehen, daß sie scheffelweise D-Mark verdienen können beim Wiederaufbau der vom Krieg verwüsteten Wirtschaft beider Länder, und sie planen, schätzungsweise 500 Millionen DM an Krediten hineinzupumpen. Also besuchten Genscher und eine 112köpfige Delegation im November den Iran – am Vorabend der Massenhinrichtungen. Natürlich schiebt Westdeutschland routinemäßig iranische Linke ab, direkt vor Chomeinis Erschießungskommandos.

Bonn hat im Nahen und Mittleren Osten ganz schön seine Finger im Spiel: neben seinen historischen Beziehungen zum zionistischen israelischen Staat und zur türkischen Junta „berät“ die GSG 9 die Geheimpolizei der Saudi-Monarchie. Letzten Sommer ließ man die Idee als Versuchsballon steigen, Bundeswehreinheiten in einer imperialistischen „Friedens“truppe einzusetzen. Und in der Tradition der IG Farben sind zwölf westdeutsche Firmen in die Produktion von Giftgas verwickelt, das vom baathistischen Regime im Irak gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt wird.

Die iranischen arbeitenden Massen sind durch den Krieg ausgeblutet und erschöpft, daher sind Ausbrüche des Volksprotestes eine echte Gefahr für die bluttriefenden Herrscher. Aber da es keine authentisch leninistische Partei gibt, ist diese Gelegenheit, die Massen zu organisieren, bis jetzt vergeudet worden. Statt dessen wird in Chomeinis gräßlichen Gefängnislöchern von der Linken ein schrecklicher Preis an Menschenleben gefordert. Nur wenn die werktätigen Massen des Iran und Irak kommunistische Avantgardeparteien haben, die in unversöhnlicher Feindschaft gegen ihre „eigenen“ reaktionären Herrscher geschmiedet worden sind, können die Massaker und die Unterdrückung beendet werden. Eine Arbeiterrevolution wird nötig sein, um die Gefängnistore zu öffnen, die Opfer der islamischen Reaktion zu befreien, die unterdrückten Nationalitäten zu befreien und den grauenhaften Teufelskreis des Blutvergießens ein für alle Mal zu beenden.

Schlagt Alarm! Internationale Massenproteste sind jetzt dringend nötig, um das Abschlichten der iranischen Linken zu stoppen!

Nach Workers Vanguard Nr. 468, 6. Januar

Kontaktadressen

Hamburg:

Spartakist
Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31
2000 Hamburg 11
Tel.: (0 40) 33 17 94

Westberlin:

Postfach 21 07 50
1000 Berlin 21
Tel.: (0 30) 3 93 87 37

Philadelphia...

Fortsetzung von Seite 2

einem New Yorker Bahnhof. Und am Donnerstag griffen Skinheads in den Studios von NBC in NYC den spanischsprachigen Fernsehjournalisten Geraldo Rivera an.

Eine Handvoll Skinheads versuchte heute, den Platz zu betreten, auf dem die antifaschistische Kundgebung stattfand; sie wurden schnell von Gewerkschaftsordnern entfernt, die den militanten, demokratischen und geordneten Charakter der Kundgebung gewährleisten.

Am Schluß der Kundgebung sprach Ed

Kartsen von der Spartacist League darüber, wie die Offensive, die darauf zielt, die Gewerkschaften zu zerschlagen und rassistischen Terror auszuüben, zu bekämpfen ist: „Es ist Zeit, mit harten Bandagen zu spielen. Schmeißt die rassistischen Bürokraten raus. Brecht mit den Demokraten und Republikanern. Wir brauchen eine Arbeiterpartei.“

Und bei einer Party im Anschluß an die Kundgebung sagte Charles Brover vom Partisan Defense Committee den feiernden Anti-Klan-Demonstranten: „Der KKK trägt die weißen Bettlaken, weil sie der Geist der Konföderierten sind. Und wißt ihr, was wir sind? Wir sind die Ghost Busters gegen den KKK.“

Übersetzung der Presseerklärung des Partisan Defense Committee

Nationalismus...

Fortsetzung von Seite 12

herrschenden Klasse wider, vor dem sie mit der eigenen Vergangenheit steht.

Die Frage der Vergangenheit ist auch die Frage der Zukunft, denn Rassismus und frustrierter Revanchismus ernähren sich gegenseitig und bieten fruchtbaren Boden für Faschismus. Die CDU wird von rechts überflügelt, und ihre Wählerbasis wird abgeworben von faschistischen Organisationen wie den Republikanern, geführt vom ehemaligen Waffen-SS-Offizier Schönhuber, die in Westberlin, der „Frontstadt“ des Kalten Krieges, dramatische Wahlergebnisse unter der Losung „Deutschland zuerst“ erzielten. Die faschistische Deutsche Volksunion, die vom Oetker-Konzern finanziert wird, hat an alle Haushalte im Land 28 Millionen „Drecksachen“ verschickt, von der Bundespost subventioniert, mit der Losung „Erst Deutschland, dann Europa“. Das sinistre Wachstum der Nazis und die Entwicklung von gewalttätigen Skinhead-Banden hat in der westdeutschen Gesellschaft eine Polarisierung vorangetrieben. Dies zeigt immer schärfer die Notwendigkeit, die Macht des Industrieproletariats zu mobilisieren, zusammen mit seinem strategischen Bestandteil an eingewanderten Arbeitern, um den Nazi-Abscham zu zerschlagen.

Grün, Rot & Schwarz: Tumult im Bundestag

Nach dem obszönen Schauspiel von Bitburg ist der westdeutsche Imperialismus immer größerer Spannung ausgesetzt: einerseits hat er den Drang, seine Bevölkerung mit revanchistischem Nationalismus „moralisch wiederzubewaffnen“ für aggressive Großmachtspolitik und imperialistische Abenteuer; andererseits hat er das diplomatische Bedürfnis, den Mythos von einem „neuen“, „friedliebenden“ Reich (komplett mit eigener nationalisistischer „Friedensbewegung“) zu verkaufen. Kanzler Kohl hat sich mit der „Gnade der späten Geburt“ an den Mann gebracht als der erste Führer aus der Nachkriegsgeneration. Er und seinesgleichen sind der Meinung, sie hätten lange genug in der Ecke stehen müssen für die Verbrechen ihrer Väter. Mit Feierlichkeiten zum Jahrestag der „Kristallnacht“-Pogrome versuchten die Bonner Politiker, den Schatten der Nazi-Vergangenheit verschwinden zu lassen, den Bitburg geworfen hatte. Aber dadurch zeigten sie gerade, daß die deutsche Bourgeoisie immer noch auf Schritt und Tritt mit ihrer eigenen Geschichte belastet ist.

Von Anfang an war Kohl zum Scheitern verurteilt. So hat das leitende Gremium der Jüdischen Gemeinde von Frankfurt mehrheitlich gegen seinen Auftritt am 9. November in der Westend-Synagoge gestimmt. Als Kohl trotzdem sprach, wurde er von Zwischenrufen unterbrochen wie „Bitburg!“ und



Bundestag, 10. November 1988. Neben Jenninger – Ida Ehre, überwältigt von ihren Gefühlen. Sie hatte Paul Celans „Todesfuge“ vorgetragen. Der Dichter und die respektierte Regisseurin überlebten Auschwitz

„Sie lügen!“ Viele gingen raus. Vor der Frankfurter Alten Oper, wo Kohl am selben Tag an einer Gedenkveranstaltung teilnahm, gab es eine Protestkundgebung. Unterstützer der Troztkistischen Liga Deutschlands trugen Plakate mit den Losungen „Arbeiterrevolution wird Opfer des Holocausts rächen!“ und „Bitburg: Kohl in den Fußstapfen der SS“.

Am nächsten Tag wollte Jenninger bei einer „Gedenkstunde“ im Bundestag eine Rede von Bedeutung halten. Aber als er sie beendet hatte, hatten schon über 50 Abgeordnete der Grünen, der SPD, der FDP und einige CDUler – mehr als ein Drittel der Anwesenden – den Saal im Protest verlassen. Jutta Oesterle-Schwerin, ein Mitglied der Grünen-Bundestagsfraktion und israelischer Abstammung, beschuldigte Jenninger, „Hitler zu einem großen Politiker“ gemacht zu haben. Er habe demonstriert, „daß der Antisemitismus auch in den Herzen von vielen Mitgliedern dieses Hauses vorhanden ist“. Der sozialdemokratische Ex-Kanzler Willy Brandt sagte: „Das ist ein dunkler Tag in der deutschen Nachkriegsgeschichte.“ SPD-Vorsitzender Vogel beschwerte sich über „einen bestürzenden Mangel an Sensibilität“, und der FDP-Abgeordnete Lüder nannte die Rede „unerträglich“. Noch in derselben Nacht hatte die CDU/CSU Jenninger zurückgetreten.

Die regierende Koalition von CDU/CSU und FDP war konsterniert, sie fürchteten Peinlichkeiten im Ausland. Selbst Erzgauner Graf Lambsdorff (im Flick-Skandal verurteilt und nun wieder da als FDP-Chef) sagte, er habe „den Eindruck einer Rechtfertigung oder teilweisen Rechtfertigung der schlimmsten Ereignisse der modernen deutschen Geschichte“ gehabt. Wie in einer Schmierenskomödie treten plötzlich CDU und FDP mit dem Brustton der Überzeugung als Antifaschisten auf. Und die Sozialdemokraten: haben sie nicht während der Großen Koalition, die zum ersten Mal nach dem Krieg die SPD wieder ins Regierungsamt brachte, bereitwillig mit alten Nazis zusammengearbeitet wie Kiesinger, Carstens und Lübke? Die Grünen – Ostfront-Veteran General Bastian saß früher in ihrer Bundestagsfraktion – forderten Jenningers Rücktritt, um das Image des Nachfolgestaats des Dritten Reichs wieder aufzupolieren.

Jenninger, wie auch Kohl in seiner Rede in der Westend-Synagoge, war bemüht, sich nicht danebenzunehmen. Beide benutzten vorsichtig das Wort „Reichspogromnacht“ statt des Nazi-Begriffs „Kristallnacht“ und bezogen sich auf die „jüdischen Mitbürger“. Gleich zu Anfang ließ Jenninger die rassistische Unterscheidung zwischen „den Juden“ und „uns Deutschen“ einfließen. Bundespräsident von Weizsäcker hatte in seiner vielgepriesenen Rede von 1985 „die Lebenslüge des Nachkriegs-Deutschland“ (*Der Spiegel*) auseinandergenommen, daß Deutsche vom Holocaust „nichts gewußt“ hätten. Aber für ihn wie auch für Kohl und Jenninger existieren *deutsche Juden* einfach nicht und haben auch nicht existiert – eine besonders üble Denkweise angesichts der über 500 000, die vor Hitlers „Endlösung“ in Deutschland gelebt hatten.

Aber Jenningers Rede hätte man kaum als Apologie für den Faschismus mißverstehen können. Zu Beginn machte er klar, daß in den Pogromen von 1938 „der Staat selbst ... sich zum Organisator des Verbrechens“ machte. Die Einwände kamen wirklich erst, als er zu erklären anfang, warum „die Bevölkerung ... sich weitgehend passiv“ verhielt, nämlich: „das entsprach der Haltung gegenüber antijüdischen Aktionen und Maßnah-

men in den vorangegangenen Jahren.“ Tumult brach aus, als er vom Standpunkt „sehr vieler Deutscher“ aus fragte: „Und was die Juden anging: hatten sie sich nicht in der Vergangenheit doch eine Rolle angemaßt, die ihnen nicht zukam? Mußten sie nicht endlich einmal Einschränkungen in Kauf nehmen? Hatten sie es nicht vielleicht sogar verdient, in ihre Schranken gewiesen zu werden?“

Diese Beschreibung des vorherrschenden Antisemitismus in Hitlers Deutschland wurde als der schlagende Beweis dafür genommen, daß Jenninger ein Antisemit sei. Aber welche Probleme er auch immer beim Vortrag hatte und was seine „wirklichen Ansichten“ sein mögen, er hat keine heimliche Nazi-Rede gehalten. Kein Nazi hätte, wie er, die zugleich bewegende und entsetzliche Schilderung eines Augenzeugen zitiert über eine SS-Einsatzgruppe, die eine Massenerschießung durchführt.

Doch dann ging der Bundestagspräsident weit über das akzeptierte Ritual von offiziellem Antinazismus hinaus. Als „bestürzenden Mangel an Sensibilität“ bezeichnete die SPD Jenningers Darstellung des „politischen Triumphzugs Hitlers“ während der ersten Jahre an der Macht. Er zählte auf: „Wiedereingliederung der Saar, Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, massive Aufrüstung, Abschluß des deutsch-britischen Flottenabkommens, Besetzung des Rheinlandes, Olympische Sommerspiele in Berlin, Anschluß Österreichs und Großdeutsches Reich“ und schließlich, nur wenige Wochen vor den Novemberpogromen, Münchner

Bergen-Belsen, Mai 1985: Todeslager-Überlebende und ihre Familien protestieren gegen Kohl und Reagan einen Tag nach Bitburg. Rechts: Bergen-Belsen, April 1945, wie es von britischen Truppen übernommen wurde

des Ruhrgebiets bis zur sozialpatriotischen SPD. Als Jenninger erklärte: „Die Jahre von 1933 bis 1938 sind selbst aus der distanzierteren Rückschau und in Kenntnis des Folgenden noch heute ein Faszinosum“, und sie hätten „in der Geschichte kaum eine Parallele“, drückte er wirkliche Bewunderung aus. Das gleiche tun viele seiner Zuhörer – privat.

Jenninger zitierte ausführlich Himmlers berühmte Rede von 1943, in der er die Beteiligung an der Ausrottung der Juden als wesentlich zur Stärkung des Nazi-Charakters anpries. Aber wie der „Reichsführer SS“ über diese grauenhaften Verbrechen sagte: „trotzdem werden wir in der Öffentlichkeit nie darüber reden“. War Jenningers Verbrechen, doch darüber geredet zu haben? Der Historiker Gordon Craig kam in seinem Aufsatz „Facing Up to the Nazis“ (Den Nazis ins Gesicht sehen) zu dem Schluß: „Es ist durchaus möglich, daß die Reaktion auf Jenningers Rede ein Zeichen dafür war, daß zumindest einige der Politiker langsam die Nase voll davon haben, daß man ihnen über die Vergangenheit ihres Landes Vorträge hält“ (*New York Review of Books*, 2. Februar).

Wessen Kollektivschuld?

Bei Jenningers Rede, wie bei der Historikerdebatte der letzten Jahre, „geht es in Wirklichkeit um die Zukunft“, wie der Londoner *Guardian* sagte. „Er verkleinerte Auschwitz nicht. Er erklärte den Völkermord nicht mit dem Bolschewismus, sondern nannte deutsche Ursachen“, bemerkte *Die Zeit*. Sie wies darauf hin, daß sich sowohl Jenninger wie auch Kohl in ihren „Pogromnacht“-Reden „abgewendet“ hatten von den „revisionistischen“ Historikern und Apologeten des Faschismus wie dem Westberliner Professor Ernst Nolte. Für Nolte ahmten die Nazis bei ihrem Völkermord an den Juden nur die „asiatische Tat“ der Bolschewiki nach. Während das Gros der deutschen Bourgeoisie das Schweigen vorzieht und Nolte & Co. die Nazi-Verbrechen zu leugnen oder zu „relativieren“ versuchen, nannte Jenninger dies „sinnlos ... Unsere Vergangenheit wird nicht ruhen, sie wird auch nicht vergehen ...“

Jenningers Patentrezept für die Absolution: „die Erinnerung wach zu halten und die



Imperial War Museum, London



stern

Abkommen, Zerstückelung der Tschechoslowakei – der Versailler Vertrag war wirklich nur noch ein Fetzen Papier und das Deutsche Reich mit einem Mal die Hegemonialmacht des alten Kontinents.“

Nicht nur die Politik des „Wahnsinnigen Hitler“ wurde durch Jenningers Aussage beschrieben: „Mit dem Überfall auf die Sowjetunion bot sich die Möglichkeit, beides miteinander zu verbinden: die Eroberung von ‚Lebensraum‘ im Osten und die schon am 30. Januar 1939 öffentlich angedrohte ‚Verichtung der jüdischen Rasse in Europa‘.“ Generaloberst von Fritsch, der 1938 als Oberbefehlshaber des Heeres von Hitler geschäft wurde, hatte das gleiche Programm. Der Drang nach Osten wurde auch nicht mit der Schrift *Mein Kampf* aus der Taufe gehoben: Ihn teilen alle heutigen Vertreter des deutschen Imperialismus – von den Industriellen

Vergangenheit als Teil unserer Identität als Deutsche anzunehmen – dies allein verheißt uns Älteren wie den Jüngeren Befreiung von der Last der Geschichte.“ In einer späteren Rede, die gewiß nicht für den internationalen Konsum bestimmt war, erklärte er vor dem klerikal-reaktionären „Katholischen Studentenverein Arminia“: „Manche wollen, daß die Deutschen bis in alle Zeit in der Anklagesituation stehen, wir müssen aber aus diesem Zustand herauskommen“ (*Süddeutsche Zeitung*, 17./18. Dezember 1988). Nach Jenningers Linie teilen zwar alle Deutschen die Verantwortung für die Geschichte, doch „die Frage der Schuld ... muß jeder für sich selbst beantworten“ – d. h. kollektive „Verantwortung“ ohne Schuld.

Die Nazi-Herrschaft in Deutschland wurde von einem großen Teil der Bevölkerung

Fortgesetzt auf Seite 10

WORKERS VANGUARD

U.S. Hands Off Libya!

Reagan/Bush: Imperialist Bullies

International Protests Demand:

Stop Executions in Iran!

Abonniert!

24 Ausgaben, einschließlich
Spartacist (englische Ausgabe)

Luftpost DM 50,-/Seepost DM 15,-

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde,
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
Postgirokonto Ffm 1 19 88-601

Nationalismus...

Fortsetzung von Seite 9

unterstützt, und das war anders als im faschistischen Italien oder im kaiserlichen Japan. Die italienischen Massen waren Mussolinis Regime gegenüber feindlich, erst auf passive, dann auf aktive Weise. Mussolini wurde von italienischen Partisanen umgebracht, und seine Leiche wurde in Milano öffentlich zur Schau gestellt und geschändet. In Deutschland war die Niederschlagung des Proletariats durch die Nazis nicht bloß eine Episode, sondern eine welthistorische Niederlage. Claudio Magnani vom pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariat faßte es passend zusammen: „... geht man vom Standpunkt des revolutionären Bewußtseins der deutschen Arbeiterklasse aus, so hat sie sich von dieser Niederlage immer noch nicht erholt – 55 Jahre nachdem Hitler die Macht ergriff“ („The Historical Balance Sheet of the Fourth International“, *Bulletin in Defense of Marxism*, Dezember 1988 – Die historische Bilanz der Vierten Internationale).

Als bürgerlicher Nationalist sieht Jennings, in den Worten des Kaisers bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs, „keine Parteien“ oder Klassen, sondern „nur Deutsche“... und nur solche, die Hitler und den Holocaust unterstützten. Die Bourgeoisie verschweigt, daß als Voraussetzung für die „Endlösung“ der Nazis die deutsche Arbeiterklasse enthaupet und zerschlagen werden mußte. 1918/19 benutzten die Kapitalisten die Sozialdemokratie, um die Revolution in Blut zu ertränken und Liebknecht und Luxemburg zu ermorden. Gefehlt hatte damals eine gefestigte kommunistische Partei. 1923 ließ die KPD die bedeutendste revolutionäre Gelegenheit, die sich dem deutschen Kommunismus bot, verstreichen, weil eine entschlossene Parteiführung fehlte.

Die Kleinbourgeoisie war durch die Wirtschaftskrise wild geworden und erwartete die Erlösung nicht mehr vom machtvollen, aber unentschlossen geführten Proletariat, sondern verlagerte ihre Hoffnungen auf die Partei der „bis zur Weißglut“ gebrachten Reaktion, wie Trotzki sagte. Die Krupps und Flicks stellten sich mit ihren Millionen hinter Hitler und holten nach 1933 viel mehr als ihre Investition wieder heraus. Wie wir in unserer vorigen Ausgabe schrieben: „Nazismus war ein letzter verzweifelter Versuch der deutschen Bourgeoisie, ihre Klassenherrschaft vor dem revolutionären Ansturm des Proletariats zu retten... Die deutsche Bourgeoisie als ganze war sich darüber einig geworden, den Antisemitismus auszunutzen, um Deutschland aus der Niederlage des Ersten Weltkriegs wieder aufzurichten“ („Arbeiterrevolution wird Opfer des Holocaust rächen!“, *Spartakist* Nr. 59, November/Dezember 1988).

Zum Terror des Dritten Reichs, der die deutsche Arbeiterklasse atomisierte, kamen noch der Terror und die konterrevolutionä-

ren Auswirkungen von Invasion und Besetzung durch die westlichen Alliierten hinzu. Die amerikanischen und britischen Imperialisten fürchteten, daß sich das klassenbewußte deutsche Proletariat aus den Trümmern der Niederlage des Hitlerreichs erheben würde wie nach der Niederlage des Kaiserreichs. Massive Bombenangriffe der Alliierten zielten auf die Arbeiterbezirke der Großstädte. Ein bewaffneter Aufstand in Buchenwald gegen die Nazi-KZ-Wächter wurde von den amerikanischen „Befreier“ entworfen, und die linken Gefangenen wurden viele weitere Monate lang im Lager festgehalten. Die Doktrin der „Kollektivschuld“ war darauf gemünzt, die brutale militärische Besetzung zu rechtfertigen.

Gleichzeitig war für Stalin die „Kollektivschuld“ ein Programm, um jede Möglichkeit der proletarischen Revolution im Nachkriegsdeutschland auszulöschen und seine bürokratische Herrschaft aufrechtzuerhalten. Die imperialistischen Alliierten, die ebenfalls das Gespenst der Arbeiterrevolution fürchteten, benutzten diese Doktrin vorübergehend, um ihre „Entnazifizierungskampagne“ zu rechtfertigen. Dann diente sie dazu, ehemaligen Nazi-Beamten Persilscheine auszustellen, um sie im antisowjetischen Kalten Krieg einzusetzen und Westdeutschland als NATO-Bollwerk gegen den Osten aufzubauen. Die Konzeption der Kollektivschuld, bezogen auf die ganze deutsche Nation, lehnen Marxisten ab, weil sie den Klassencharakter des Faschismus vertuscht. Kollektiv schuldig ist die deutsche Bourgeoisie.

„Linker“ Revanchismus

Die Zurückweisung der Kollektivschuld kann auch verbunden sein mit reaktionären, nationalistischen Ressentiments gegen die Sieger des Zweiten Weltkriegs, die Sowjetunion wie auch die USA. Alfred Dregger, vom äußerst rechten Flügel der CDU, erklärte 1986: „Die Schuld liegt zurück“, und rief „alle Deutschen“ auf, „aus dem Schatten Hitlers herauszutreten“. Für ihn bot der Bitburger-Skandal die Möglichkeit, seinen Stolz zu zeigen, daß er im Zweiten Weltkrieg an der Ostfront gekämpft hatte. Dregger und seine Stahlhelm-Fraktion waren überhaupt dagegen, eine Pogromnacht-Gedenkfeier zu haben. Er will zu den alten „herrlichen Tagen“ zurückkehren und ein neues deutsches Reich jetzt gründen. Bezeichnenderweise war nach Jennings erzwungenem Rücktritt Kohls erster Kandidat als Nachfolger ausgezeichnet dieser revanchistische Hardliner Dregger.

Deutscher Nationalismus ist aber keineswegs auf die Rechten beschränkt. Der glühend nationalistische Führer der SPD in den ersten Nachkriegsjahren, Kurt Schumacher, behauptete, das deutsche Volk wäre genauso Opfer des Nazismus (Schumacher selbst hatte im KZ gesessen) wie zum Beispiel die Polen oder die Tschechen. Deshalb, erklärte er, hätten Russen und Amerikaner kein Recht, Deutschland zu teilen. Schumacher ging

zwar von einem anderen politischen Standpunkt aus. Aber er war nicht weniger Komplize beim Aufbau eines Vierten Reichs mit den Kadern des Dritten. Er stellte sich sogar die Rehabilitierung der Waffen-SS vor, und zwar Jahrzehnte vor Bitburg. Nicht zufällig stammt Bonns Ostpolitik von der SPD. Historisch ist die SPD eine nationale Partei gewesen, ein Großteil ihrer sozialen Basis lag östlich der Elbe, d. h. in der heutigen DDR. So ist sie am besten geeignet, als Speerspitze zu fungieren für die revanchistischen Appetite des deutschen Imperialismus auf das, was dieser immer noch Mitteleuropa nennt... und was weiter „ostwärts“ liegt.

Was die Grünen betrifft, so wollen sie neben der sauberen Luft einen „sauberen“ deutschen Imperialismus; den ganzen Dreck aus der Hitler-Zeit wieder hochzuholen kann den Imperialismus nur schmutzig machen. Die fast pathologische Reaktion der Grünen auf die Jennings-Rede – in Bitburg haben sie aber nicht protestiert – ist Ausdruck ihres oft wütenden Nationalismus. Nach der Jennings-Affäre wünschten einige westdeutsche Zeitungen, der Bundestag hätte doch vorher auf die Grünen gehört, als sie Heinz Galinski, den Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, einladen wollten, zur Pogromnacht eine Rede mit den üblichen Plattheiten zu halten. Die Grünen, diese Absolventen der Neuen Linken, sprachen hier für wichtige Teile der westdeutschen herrschenden Klasse.

Hermann Gremliza, im *konkret*-Magazin (Dezember 1988), war einer der wenigen, die auch nur versuchten, die Gründe für die Reaktion der Grünen auf Jennings zu sondieren: „Was da, auf der linken Seite des Hauses, rebellierte, war die Sehnsucht nicht nach Wahrheit und Aufklärung... sondern nach quasi religiösen Formen und Ritualen, die eine Versöhnung mit ‚diesem unserem Staat‘... von den Schmerzen des schlechten Gewissens befreien.“ Zusammen mit den Sozialdemokraten und Liberalen haben die Grünen in der Vergangenheit die erhabene Rhetorik eines von Weizsäcker bevorzugt (der vor kurzem die Begnadigung von zwei SS-Massmördern durch die niederländische Regierung als Akt der „Versöhnung“ pries).

Da sich „linker“ deutscher Nationalismus teilweise mit Formen des Revanchismus deckt, kommt gegenwärtig viel Widerliches hoch, mit fließenden Übergängen zum offenen Faschismus. So verprügeln und ermorden Skinhead-Hitlerverehrer türkische Immigranten, und gleichzeitig spucken in Westberlin „Redskin“-Gangs antisowjetischen Dreck aus und skandieren „Trotzkisten raus“. Eines der widerwärtigsten Beispiele kam aus der Redaktion der grünorientierten *tageszeitung*, die eine überfüllte Westberliner Disco als „gaskammervoll“ bezeichnete. Eine neue Generation „ohne Schuld“ ist in Westdeutschland aufgewachsen – laut einer *stern*-Umfrage nach der Jennings-Affäre fühlt sich die Generation unter 20 am wenigsten von Deutschlands Vergangenheit betroffen.

Die deutsche Frage und die europäische Revolution

Als Mächtegern-Ideologe für den wieder-aufsteigenden deutschen Imperialismus erklärte Jennings, daß „wir Deutschen uns klar werden wollen über das Verständnis unserer Geschichte und über Lehren für die politische Gestaltung unserer Gegenwart und Zukunft.“ Seine Sorge ist es, daß der deutschen Jugend das nötige moralische Selbstvertrauen, um im Namen einer ausgewachsenen imperialistischen Macht zu handeln, fehlen wird, wenn die Hitler-Zeit unter Verschluß gehalten wird. Am Ende seiner Rede sagt Jennings:

„Auf den Fundamenten unseres Staates und unserer Geschichte gilt es eine neue moralische Tradition zu begründen, die sich in der humanen und moralischen Sensibilität unserer Gesellschaft beweisen muß.“

Nach außen bedeutet dies die Pflicht zur kollektiven Friedensverantwortung, zur aktiven Befriedung der Welt.“

Was man später Jennings als „Zweideutigkeit“ und „Ungeschicklichkeit“ vorwarf, spiegelt die grundsätzlichen Probleme des deutschen Imperialismus wider. Daß der Bundestagspräsident von Hitlers imperialistischen „Siegen“ der 30er Jahre „fasziniert“ ist,

kommt nicht überraschend. Die Bundesrepublik erklärt sich zum Nachfolgestaat des Dritten Reichs, mit dem verfassungsmäßig geschworenen Ziel, das Reich in den Grenzen von 1937 wiederherzustellen; dies geht weit über die Oder-Neiße-Linie hinaus und schließt Teile des heutigen Polen und der UdSSR mit ein. Und noch grundsätzlicher: die revanchistische deutsche Bourgeoisie hat



Oberbaum Verlag

Herbert Baum, Führer der Widerstandsgruppe jüdischer Kommunisten in Nazi-Deutschland

ein großes strukturelles Problem – die Teilung des Landes in einen kapitalistischen Westen und einen Staat im Osten, in dem der Kapitalismus enteignet worden ist.

Jenninger sagte: „... unsere Geschichte läßt sich nicht aufspalten in Gutes und Böses, und die Verantwortung für das Vergangene kann nicht verteilt werden nach den geographischen Willkürlichkeiten der Nachkriegsordnung.“ Kohl hält es für „absurd“, einen Widerspruch zwischen den Zielen der deutschen Wiedervereinigung und der europäischen Einigung zu konstruieren“ (*Frankfurter Rundschau*, 19. Januar). Auch die SPD will sich das Recht auf eine imperialistische Wiedervereinigung Deutschlands nach der angeblich „völligen Integration“ der EG 1992 vorbehalten. Aber Deutschland unter kapitalistischer Herrschaft wiederzuvereinigen würde eine blutige Konterrevolution erfordern, die die DDR zerschlägt. Und es würde die unmittelbare Gefahr eines Weltkriegs mit sich bringen; selbst die westlichen imperialistischen Alliierten des Vierten Reichs fürchten seine Vorherrschaft in Europa.

Die deutsche Bourgeoisie sieht gewaltige Möglichkeiten für ökonomische Durchdringung und soziale Konterrevolution, und zwar in Gorbatschows Reformen von „Perestroika“ und „Marktsozialismus“, die in der Sowjetunion und Osteuropa tiefgehende Unzufriedenheit und explosive nationalistische Konflikte anheizen. Die Frankfurter Bankiers und Bonner Politiker würden ihre „Swing-Kredite“ und D-Mark-Anleihen gerne dazu benutzen, die bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas auszupressen wie Bananenrepubliken. Aber die vergesellschafteten Eigentumsformen dieser Staaten stellen für die kapitalistische Durchdringung eine Barriere dar, eine Barriere, die nur durch „Blut und Eisen“ zerschlagen werden kann, um Bismarck zu zitieren.

Auf sich allein gestellt, ohne seine NATO-Verbündeten, ist Westdeutschland jetzt nicht fähig zu einem militärischen Feldzug ostwärts. Dies würde erst einmal eine wesentliche Ausweitung seiner konventionellen Kapazitäten erfordern sowie den Erwerb strategischer Atomwaffen (dieses Unternehmen hat Westdeutschland bei seiner Entwicklung der Atomwaffentechnologie in Südafrika schon in Angriff genommen). Die westlichen imperialistischen Alliierten haben Westdeutschlands wachsende militärisch-ökonomische Macht damit anerkannt, daß sie den ehemaligen „Verteidigungs“minister Wörner zum NATO-Generalsekretär ernannten. NATO-Strategie verlangt aber zuerst einmal, gegen die Streitkräfte des Warschauer Pakts einen „begrenzten Krieg“ auf deutschem Boden zu führen. Selbst die extremen westdeutschen Kalten Krieger wie Dregger freuen sich nicht auf diese Aussichten. Aber auch große Teile der deutschen Bevölkerung, die sich nur zu gut an die Zerstörungen des letzten



Mark Redkin

Berlin, Mai 1945: Rotarmisten an der Siegestsäule. Der Preis der Befreiung waren 20 Millionen Menschenleben. „Keiner ist vergessen, nichts ist vergessen!“ Verteidigt DDR/UdSSR!

Weltkriegs erinnern, befürchten zu Recht eine atomare Vernichtung.

Aus diesem Grund spricht Jenninger von der „aktiven Befriedung der Welt“. Heute wollen die deutschen Kapitalisten die Slawen ausbeuten, nicht ausrotten. Die SPD, Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse, „Vaterlandsverteidiger“ von 1914, kennt auch ihre Pflicht als politischer Organisator der Konterrevolution in Ostdeutschland. Das Programm eines neutralen, wiedervereinigten (kapitalistischen) Deutschlands ist die Hauptbasis dafür, eine bedeutende Zahl von Arbeitern, kleinbürgerlichen Intellektuellen und Elementen aus der Bürokratie in der DDR für eine „demokratische“ Konterrevolution zu gewinnen.

Proletarischer Internationalismus ist die einzige Antwort auf Revanchismus und Nationalismus, die zweimal in diesem Jahrhundert die Massen zum imperialistischen Krieg mobilisiert haben und die Zerstörung Europas brachten. Gordon Craig erinnerte in seinem Aufsatz daran, daß derselbe Bundestag, der Jenninger bei seiner Rede stehen ließ,

„... Professor Fritz Stern von der Columbia-Universität betont eisig empfind, als er als Gastredner zur Gedenkfeier anlässlich des ostdeutschen Aufstandes vom 17. Juni 1953 seinen Zuhörern sagte, daß die Revolte keine Demonstration für eine Wiedervereinigung gewesen sei – wie westdeutsche Politiker gern sagen –, sondern eine mutige Forderung nach Freiheit und Reformen. Er erinnerte sie auch daran, daß ein „ungeteiltes Deutschland unaussprechliches Unheil für andere Völker und für sich selbst brachte“, eine Tatsache, die

Trotzki, Rotarmisten: am Vorabend des Marschs auf Warschau 1920. Ein Sieg der Roten Armee 1921 über Pilsudski hätte direkte Hilfe der Bolschewiki für die Revolution in Deutschland erleichtert



New York Public Library

kein Deutscher vergessen dürfe.“

Der Aufstand vom 17. Juni war nicht prokapitalistisch, wie die deutschen Revanchisten weismachen wollen, die ihn für ihre eigenen reaktionären Zwecke usurpiert haben (und er war auch nicht für westliche „Demokratie“, wie Stern andeutet). Im Gegenteil, die ostdeutschen Arbeiter eröffneten den Kampf für proletarisch-politische Revolution, um die stalinistische Bürokratie rauszuschmeißen und eine genuine Sowjetdemo-

kratie zu errichten. Der 17. Juni zeigte den Weg zur *einzigsten* progressiven Lösung der deutschen nationalen Frage – durch proletarisch-internationalistischen revolutionären Kampf. Mit der Losung „Räumt Euren Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!“ riefen sie ihre Klassenbrüder im Westen dazu auf, den Kapitalisten die Staatsmacht zu entreißen.

Den Hitler-Faschismus hat 1945 die sowjetische Rote Armee zerschlagen. Für die

Arbeiter der Welt war es ein Sieg, als die rote Fahne mit Hammer und Sichel über dem Reichstag gehißt wurde. Um das Erbe des Nazismus für immer loszuwerden, muß man die kapitalistische Ordnung wegfegen, die in diesem Jahrhundert zweimal Europa in Blut ertränkt hat und die noch immer nationalistische und rassistische Reaktion brütet. Die Führung einer trotzkistischen Weltpartei der sozialistischen Revolution ist nötiger denn je. Diese Partei wird für sozialistische Revolution im kapitalistischen Westen kämpfen und für proletarisch-politische Revolution im Osten. Dieser Kampf würde, wie bei der Kommunistischen Internationale von Lenin und Trotzki, die Russische und die Deutsche Revolution zusammenschmieden.

Wie wir im *Spartakist* Nr. 57 (Mai/Juni 1988) schrieben, gerichtet an die Mitglieder der stalinistischen DKP und SEW:

„Weil sie sich keine andere Wiedervereinigung Deutschlands vorstellen kann als eine kapitalistische, händigt sie auch die nationale Frage an die Faschisten aus. Aber der Kampf um die proletarische Macht stellt die Frage der *revolutionären Führung*. Und die Wiederherstellung der Einheit des Proletariats stellt in diesem Land die Frage der *revolutionären Wiedervereinigung Deutschlands* als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. Das ist das Programm der Trotzkistischen Liga Deutschlands, die für die bedingungslose Verteidigung von UdSSR und DDR gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution steht.“

Nur proletarische Revolution wird die Opfer des Nazi-Terrors rächen! ■

Republikaner...

Fortsetzung von Seite 12

wachsenden Polarisierung der Stadt Stimmen dazugewannen, dominierten diese Proteste, die sie als Taktik benutzten, um für eine Koalition von SPD und Alternativer Liste Druck zu machen. Ihr Programm ist es, sich darauf zu verlassen, daß der bürgerliche Staat und seine Polizei die Faschisten „verbieten“. Selbst als die CDU eine „Öffnung nach rechts“ verkündete und die „Beschleunigung“ von Zimmermanns rassistischem Abschiebengesetz versprach – in der Hoffnung, ihre verlorengegangenen Wähler wieder heimzuführen –, wurden von SPD-Chef Momper die Verhandlungen über eine Große Koalition von SPD/CDU eröffnet. Seine Bedingung an die Alternative Liste ist die „Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols“: das heißt die SPD will auf der Grundlage des fortgesetzten Polizeiterrors gegen Immigranten und Linke die Stadt weiterregieren.

Bereits am 18. Januar zogen mehr als 6000 Demonstranten vor das Internationale Congress Centrum (ICC), um gegen die „Wahl-

veranstaltung“ der Faschisten zu protestieren. Als Schönhuber drinnen behauptete, daß auch draußen Unterstützer von ihm seien, in Polizeiuniform, und seine Veranstaltung verteidigten, war das keine leere Prahlerei. Was draußen ablief, war schlicht und einfach Polizeikrawall.

Das massive Polizeiaufgebot, einschließlich der berüchtigten Spezialeinheit EbLT – die laut der Medien geschlossen die Republikaner wählte –, griff mit Knüppeln, Tränengas und Wasserwerfern an. Ein Bullenwagen fuhr in die Demonstration hinein. Zum Glück erging es niemandem wie Günter Sare, der 1985 von der Polizei mit einem Wasserwerfer umgebracht wurde, als sie ein NPD-Treffen in Frankfurt schützte. Selbst der rechte SPDler Erich Pätzold, der nach der Rolle des Oberbullens von Westberlin trachtet, wurde von einem Wasserwerfer naßgespritzt.

Die Demonstration gegen die Republikaner war seit über fünf Jahren die bedeutendste Mobilisierung von Westberliner Gewerkschaften, darunter HBV, GEW und IG Metall, ebenso die erste mit einem wichtigen Bestandteil an Immigranten – Blöcke der türkischen Linken sowie Immigrantensorganisationen der zweiten Generation wie die Schwarze Rose. Diese Demonstration stellte die Möglichkeit dar, nicht nur die Aktivisten der Gewerkschaften zu mobilisieren, sondern zu *Zehntausenden ihre Mitglieder*. (Es war auch kein Zufall, daß die Zahl der Autonomen im umgekehrten Verhältnis stand zu den Kräften der Arbeiterklasse und der Immigranten!) Die Bullen hatten es auf das Banner der IG Metall abgesehen und griffen an. Hofften sie, eine „Trophäe“ zu erobern, so wie die Nazis am 1. Mai 1933 mit den Bannern der Arbeiterbewegung herumgefuchelt hatten?

In einem anderen Raum im ICC goß inzwischen der staatsmännische SPD-Veteran Willy Brandt Öl ins Feuer. Vor einer Versammlung von etwa 5000 SPD-Mitgliedern dozierte er über die „Gefahr von rechts“: „Es ist das Recht der Deutschen, sich für nationale Interessen einzusetzen“ (*Bild Berlin*, 19. Januar). Etwa 300 SPDler beschlossen anscheinend, der „Gefahr von rechts“ selbst entgegenzutreten, ungeachtet des Widerstands von SPD-Ordnern, und verließen den Saal mit Plakaten „Nazis raus!“ in Richtung Republikanerzusammenrottung. Wegen des starken Polizeiaufgebots im Gebäude schafften es nur einzelne, in die Nähe der faschistischen Versammlung zu kommen.

Auf den brutalen Polizeiüberfall war die Demonstration im wesentlichen unvorbereitet. Der Grund dafür ist politisch: die reformistische SEW, eine treibende Kraft der Demonstration, fleht weiterhin den bürgerli-

chen Staat an, die „Faschisten zu verbieten“. Die Vorstellung, daß die imperialistischen „Alliierten“ oder der in Skandale verstrickte Westberliner Verfassungsschutz (der den Republikanern einen „demokratischen“ Persilschein ausstellt, während die SEW als „linksextremistische Gefahr“ verleumdet wird) die Republikaner verbieten würden, ist in dieser Frontstadt des Kalten Krieges besonders grotesk. In Panik nach den Wahlen bittet die Westberliner Linke jetzt noch inbrünstiger, die imperialistischen Brötchengeber von Klaus Barbie, Reinhard Gehlen und ihresgleichen sollten die „antifaschistische Verfassung“ anwenden – wohl mit Hilfe der Republikanerbullen.

Die SPD hat diese Polizei aufgebaut, und zwar nicht nur in den Tagen des Kalten Krieges. Wir erinnern an die blutige Unterdrückung des 1. Mai vor 60 Jahren durch den SPD-Polizeichef Zörgiebel. Sinnigerweise war diesmal der Wahlslogan der SPD „Berlin ist Freiheit“, wo die Bullen fast täglich Amok laufen. Ein SPD-Wahlplakat wirbt dafür, daß die Bürger der Polizei aus der Hand fressen. Die ungezügelten bonapartistischen Appetite der Westberliner Bullen sind klar, wie man schon am tagelangen Terror anlässlich der IWF-Tagung sehen konnte. Ein weiteres SPD-Plakat wettete gegen die Mauer. Kein Wunder, daß die DDR vom „antifaschistischen Schutzwall“ spricht.

In diesem imperialistischen „Schaufenster“ sind Hunderttausende Immigranten entrecht, wie sie es auch in Westdeutschland sind. Manche SPDler und Grüne möchten Immigranten nur kommunales Wahlrecht gewähren. Immigrantensorganisationen der zweiten Generation fordern „völlige Gleichstellung“. Jeder Immigrant muß volle Staatsbürgerrechte haben! Diese Forderung

muß in die Gewerkschaften hineingetragen und verbunden werden mit der Massenmobilisierung der Arbeiterklasse, um die Faschisten zu zerschlagen.

Das Wachstum der Faschisten hat DGB-Bürokratie und SPD gezwungen, ihr Kalte-Kriegs-Verbot der Zusammenarbeit mit VVN, SEW und DKP auf Eis zu legen und episodisch gemeinsame Aktionen zu suchen. Am 22. Januar gab es in Schwelm (Ruhrgebiet) eine Mobilisierung von 4000 Leuten, mit der IG Metall an der Spitze, die den Ort eines DUV-Treffens besetzte und die Zusammenrottung dieser Faschisten verhinderte. Um einen solchen Sieg in einer Großstadt wie Westberlin zu erringen, besonders angesichts des sinistren Wachstums der Faschisten, wird man mehr brauchen als 10 000 Jugendliche und Arbeiteraktivisten.

Sozialdemokratische Kalte Krieger an der Macht halfen jahrzehntelang durch ihre rassistischen Abschiebungen und ihren Polizeiterror, den Faschisten den Weg zum Wahldurchbruch zu ebnen. Eine neue Volksfront, deren Grundlage nur weiterer Polizei- und Abschiebeterror ist, wird die Faschisten nicht stoppen.

Faschismus ist nicht das Produkt von ein paar wahnsinnigen Führern oder Möchtegern-Hitlers. Faschismus sind die Stoßtruppen für ein wahnsinniges Gesellschaftssystem: Kapitalismus, der entschlossen ist, seine Existenz mit den abscheulichsten Maßnahmen aufrechtzuerhalten. Der Faschismus kann nur dadurch entscheidend geschlagen werden, daß die deutschen Arbeiter mit ihren kämpferischen eingewanderten Klassenbrüdern unter einer revolutionären Führung vereinigt werden, einer Führung, die für die politische Macht der Arbeiterklasse kämpft. ■

Ehrt die Drei L...

Fortsetzung von Seite 5

tion“, vom 18. Oktober 1921, also kann auch nicht so getan werden, als ob Lenin 1917 noch ein Hitzkopf war und dann zum weisen Staatsmann wurde.

Genossen, wir gedenken hier aller Revolutionäre, die im Kampf gefallen sind oder starben. So möchte ich heute hier Tony Randell und Richard Fraser gedenken. Tony Randell war Genossin der Spartacist League/U.S., sie hat sehr viel geleistet für den Aufbau des amerikanischen Partisan Defense Committee. Und ein Teil ihres Vermächtnisses wurde erfüllt in der erfolgreichen Aktion gegen den Ku Klux Klan in Philadelphia, von der wir gestern eine Video-Aufzeichnung sahen. Richard Fraser war historisch ein Trotzkiist, Mitglied der damals noch revolutionären Socialist Workers Party und ein Vorkämpfer für die Gleichberechtigung der Schwarzen.

Für uns sind die Schriften von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Wladimir Iljitsch Lenin nicht nur Theorie, sondern Anleitung zum Handeln. Deshalb kämpfen wir in ihrer Tradition für die Wiedergeburt der Vierten Internationale. Genossen, wir beschließen unsere Kundgebung nach den Zitate mit dem Singen der Internationale. ■



Dokumente der iST in Türkisch

TKP Leninist am Scheideweg: Stalinismus gegen Trotskismus; Polen und TKP/L **DM 2,-**
Grundsatzenerklärung der Spartacist League **DM 0,30**
Wohin geht Gorbatschows Rußland? Kehrt zum Weg Lenins und Trotskis zurück **DM 2,-**

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Postgirokonto Ffm 1 19 88-601

SPARTAKIST

Was zeigt der Wirbel um die Jenninger-Rede?

Bedrohlicher Aufstieg des deutschen Nationalismus

Vierzig Jahre nach Gründung des westdeutschen Staates wollen seine imperialistischen Herrscher nach der Devise verfahren: wir sind wieder wer. Die westdeutsche Bourgeoisie ist bei weitem nicht zufrieden mit dem enormen Reichtum, den sie durch den Handel mit Westeuropa und die allmähliche wirtschaftliche Durchdringung des Ostens schieft. Bonn benutzt die starke D-Mark, um über die Wirtschaftspolitik Druck auf Washington auszuüben, und versucht, über die Modernisierung der atomaren Kurzstreckenraketen der NATO Atomwaffen in seine Hände zu kriegen (mittlerweile stellen sie eine französisch-deutsche Brigade auf, die nicht dem NATO-Kommando untersteht). Doch wenn der westdeutsche Imperialismus auch nicht mehr der „Wirtschaftsriese und politische Zwerg“ ist, wie Willy Brandt früher einmal klagte, so wird sein endgültiger Aufstieg zur Weltmacht blockiert durch eine ganze Reihe von Hindernissen.

In den letzten Jahren hat sich Westdeutschland unter CDU-Kanzler Helmut Kohl krampfhaft bemüht, internationales Format zu gewinnen, doch dies war immer wieder ein Schuß in den Ofen. Kohl bekam einen Schlag ins Gesicht verpaßt, als er versuchte, bei den Feierlichkeiten hineinzuplatzen, die die westlichen Alliierten zum 40. Jahrestag ihres Sieges über Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg veranstalteten, an der Stelle der Invasion in der Normandie. Um diese Abfuhr wieder wettzumachen, bedrängte Kohl Reagan, 1985 den Friedhof in Bitburg zu besuchen. Dort salutierte sie im Dienste des antisowjetischen Kalten Krieges vor der SS-Division „Das Reich“. International wurde der obszöne Auftritt in Bitburg verurteilt als Stiefeltritt ins Gesicht der jüdischen Überlebenden des Ho-



Der Spiegel

Die Bundeswehr ist die stärkste europäische NATO-Kraft. Vollgetankt, aber keine freie Fahrt

locust und als Verhöhnung des Andenkens an Millionen Juden, die in den Nazi-Todeslagern ermordet wurden.

So versuchte das Kohl-Regime letzten November, nach dem Fiasko von Bitburg wieder Boden gutzumachen durch Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der „Reichspogromnacht“. Dies war die Nacht, in der die Nazis 1938 einen Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung überall im Reich entfesselten: sie brannten Synagogen sowie Wohnhäuser und Geschäfte von Juden nieder und deportierten anschließend 30 000 Juden in die mörderischen Konzentrationslager. Aber die

Rede von CDU-Bundestagspräsident Philipp Jenninger verursachte einen Aufruhr quer durch das politische Spektrum von den Grünen und Sozialdemokraten bis zu den Freien Demokraten und Christdemokraten. Jenninger wurde „Geschmacklosigkeit“ vorgeworfen, er wurde beschuldigt, ein Antisemit zu sein und „mit geistigen Knobelbechern durch die Geschichte“ marschiert zu sein.

Aber dies war keine Rede eines heimlichen Nazis, und die Proteste sind genauso wie die Rede selbst Ausdruck eines wiedererwachenden, aber frustrierten deutschen Nationalismus. Seine Kritiker wetterten über Jennin-

gers anschauliche Schilderung von Nazi-Verbrechen und von Hitlers damaliger Popularität. Aber in ihren Augen bestand sein wirkliches Verbrechen darin, daß er öffentlich sagte, was die Thyssens und Krupps privat sagen, wenn sie ihre Faszination über die „Siege“ des Dritten Reichs zum Ausdruck bringen. Für Jenninger ist es notwendig, über Auschwitz offen zu reden, um den Großmachtambitionen der deutschen Bourgeoisie den Weg zu ebnet und dabei einen deutschen Imperialismus ohne Völkermord zu versprechen. Das nächste Mal, erklärt Jenninger, im Gegensatz zum gängigen Witz, soll es „netter zugehen“ – „Next time, it's Mr. Nice Guy.“ In der übrigen Welt erwarten viele trotzdem das Gegenteil.

Das heutige Westdeutschland ist zu stark, um einfach der loyale Juniorpartner des amerikanischen Imperialismus in Europa zu sein. Aber es ist nicht stark genug, um seinen Willen Europa aufzuzwingen, ob West oder Ost. Für die anderen Völker der Welt, und besonders für Deutschlands unmittelbare Nachbarn, ist die Erinnerung an die Abermillionen Menschen, die in Hitlers Ansturm abgeschlachtet wurden, bis auf den heutigen Tag lebendig. Sogar die Reagan-Leute beschworen die Gaskammern von Auschwitz, um Kohl zu zwingen, über eine angebliche Chemiewaffenfabrik für Ghaddafi zu Kreuzen zu kriechen. Um all denjenigen ein „neues Gesicht“ zu zeigen, die sich an das letzte Mal erinnern, als der deutsche Imperialismus Europa vergewaltigte, müssen Westdeutschlands Herrscher in der Tat versuchen, das Nazi-Kapitel der deutschen Geschichte zu meistern. Aber wieder einmal scheiterten sie, denn das Jenninger-Fiasko spiegelt genauso wie Bitburg das Dilemma der westdeutschen

Fortgesetzt auf Seite 9

Massenmobilisierungen von Arbeitern/Immigranten:

Stoppt die Republikaner!

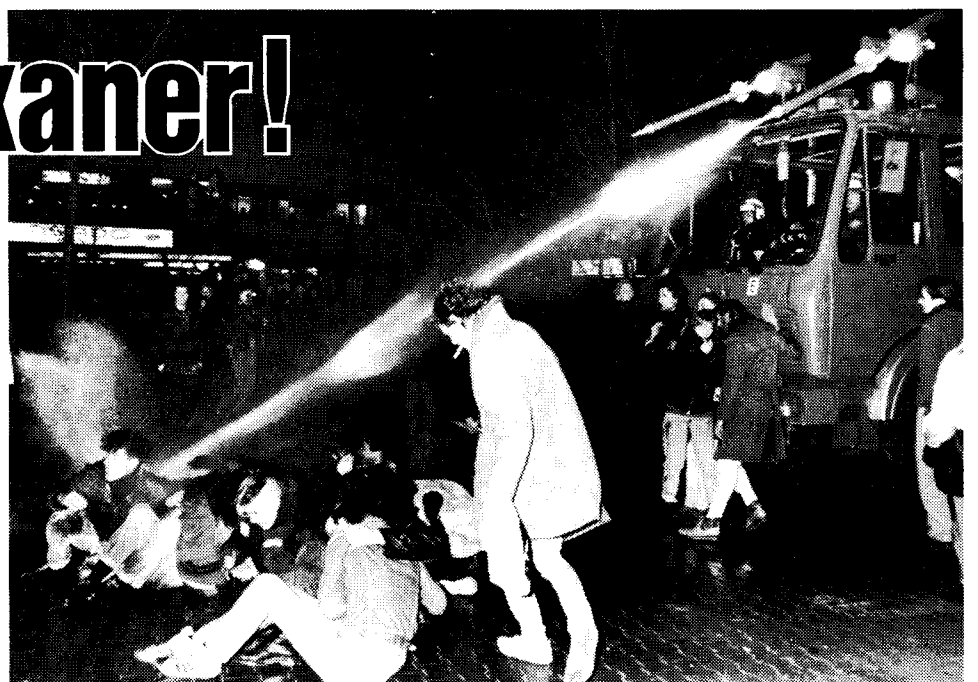
WESTBERLIN, 29. Januar – Bei den Westberliner Senatswahlen erhielten die Republikaner bedrohliche 7,5 Prozent, ein Ereignis, das international Schlagzeilen machte. Damit zogen nach der Zerschlagung des Nazi-Regimes durch die Rote Armee 1945 erstmals wieder Faschisten in das Stadtparlament und damit auch in den Bundestag in Bonn. Republikaner-Führer und Waffen-SS-Mann Franz Schönhuber konnte die Wahlerfolge seines französischen Pendants Le Pen wiederholen, der nun zur gemeinsamen Fraktion im Europa-Parlament aufruft.

Doch das Gewerbe des Nazipacks besteht nicht darin, im bürgerlichen Parlament Reden zu halten, sondern in der Organisierung von Mord. Mit dem infamen Republikaner-Werbepost – spielende türkische Kinder, untermalt von „Spiel mir das Lied vom Tod“

– mobilisierten die Faschisten wütende Kleinbürger um ihr Programm von anti-kommunistischem Revanchismus, Rassismus und Antisemitismus. Die Macht der Arbeiterklasse und ihres wichtigen Bestandteils an Immigranten kann und muß mobilisiert werden, in den Betrieben und auf der Straße, um diesen faschistischen Abschaum hinwegzufegen.

Mit Wut und Empörung reagierten spontan über 10 000 Westberliner noch in der Wahlnacht, und sie versammelten sich vor dem Schöneberger Rathaus mit den Rufen „Nazis raus!“, „Nazis vertreiben, Ausländer bleiben!“ Ein hoher Anteil der Demonstranten waren Immigranten, die erste Zielscheibe des faschistischen Terrors. Am nächsten Tag gingen wieder 20 000 auf die Straße. SPD-„Linke“ und die Grünen, die in der

Fortgesetzt auf Seite 11



Peter Homann

Westberlin, 18. Januar: Polizeikrawall schützt Republikaner des SS-Manns Schönhuber vor Protest Tausender Demonstranten